

# Rundschreiben 1/2006

The logo consists of the letters 'LNIV' in a bold, green, sans-serif font. A thin green horizontal line is positioned directly below the letters.

Landesnatschutzverband  
Baden-Württemberg e.V.

---

Landesnatschutzverband Baden-Württemberg e.V., anerkannter Naturschutzverein nach § 67 NatSchG		
Olgastr. 19	e-mail <a href="mailto:info@lnv-bw.de">info@lnv-bw.de</a>	Nahverkehrsanschluss
70182 Stuttgart	Internet: <a href="http://www.lnv-bw.de">http://www.lnv-bw.de</a>	Stadtbahnhaltestelle Olgaek
Tel.: 0711/248955-20	BW Bank Stuttgart	3 Stationen ab Hauptbahnhof
Fax: 0711/248955-30	Konto Nr. 2 039 990, BLZ 600501 01	mit U5, U6 oder U7

<b>Inhalt</b>
---------------

<b>VORWORT</b>	<b>3</b>
<b>1 AUS DER ARBEIT DES LNV</b>	<b>7</b>
1.1 EU-Beschwerde Betreffs Luftreinhaltung mit weiteren Fakten untermauert	7
1.2 EU-Kommission in Streit um Vogelschutzgebiete eingeschaltet	7
1.3 „Wahlprüfsteine“ an Landtagskandidaten versandt	7
1.4 Stellungnahme zum Entwurf des neuen Wasserkrafterlasses abgegeben	8
1.5 LNV-Protest gegen Benken zeigt Wirkung	8
1.6 Vorabsprachen bei der Festlegung von Ausgleichsmaßnahmen	8
1.7 Bibermanagement: Ehrenamtliche können als Biberberater mitwirken!	9
1.8 Protest gegen „Gipfelparty“	9
<b>2 LANDESTHEMEN</b>	<b>10</b>
2.1 Statt LfU jetzt LUBW	10
2.2 Kormoranabschuss eingestellt	10
2.3 Mulchverbot: Baden-Württemberg unterzeichnet Todesurteil für Jungtiere	10
2.4 Ornithologische Gesellschaft Baden-Württemberg	11
2.5 Fledermaus durch Rotoren gefährdet	11
2.6 Förderanträge Stiftung Naturschutzfonds	11
2.7 Versicherungsschutz für bürgerschaftliches und ehrenamtliches Engagement	12
2.8 Lachs wieder im Murgtal	12
2.9 Milliarden-Kürzungen im Nahverkehr: Kahlschlag droht!	12
2.10 EnBW will Wärmepumpen-Kunden binden	12
2.11 600 Teilnehmer bei den 30. Naturschutztagen am Bodensee	13
2.12 Minister Hauk startet das Naturschutzprojekt "Badische Binnendünen" in Oftersheim (Landkreis Rhein-Neckar)	13
2.13 Neuer Nachhaltigkeitsbeirat des Landes konstituiert	14
<b>3 BUNDESTHEMEN</b>	<b>15</b>
3.1 Wissen, woher der Strom kommt: Stromkennzeichnung tritt in Kraft	15
3.2 Vogelgrippeerisiko für Bevölkerung gering	15
3.3 Sinkender CO <sub>2</sub> -Ausstoß in Deutschland	15
3.4 Energie-Nachfrage 2004 weltweit: Historischer Höchststand	16
3.5 Emissionshandel: Positive Bilanz für das erste Jahr	16
<b>4 GESETZE, VERORDNUNGEN, URTEILE</b>	<b>17</b>
4.1 Deutschland wegen nicht ordnungsgemäßer Umsetzung der FFH-Richtlinie in deutsches Recht verurteilt	17
4.2 EU-Nitratrichtlinie nicht vollständig umgesetzt	17
4.3 Klageverfahren gegen Deutschland wegen FFH-Verstößen wird fortgesetzt	18
4.4 Klageverfahren der EU-Kommission: zur Rechtslage	18
4.5 BGH erlaubt Imagewerbung mit Umweltschutz ohne Sachbezug zu Waren	19

4.6	Elektroschrottverordnung in Kraft – auf neues Symbol achten!.....	19
4.7	Landtag beschließt Landesumweltinformationsgesetz .....	20
5	<b>LNv – INTERN .....</b>	<b>21</b>
5.1	LNv-Termine .....	21
5.2	Informationen der Geschäftsstelle.....	21
5.3	Infos aus LNv-Arbeitskreisen und Projektgruppen.....	22
5.4	Vertretung in Gremien und Arbeitsgruppen.....	22
5.5	Neue LNv-Veröffentlichungen .....	22
6	<b>WETTBEWERBE, AKTIONEN, TERMINE, VERANSTALTUNGEN.....</b>	<b>24</b>
6.1	Test von BUND und NABU: Wie naturverträglich sind die großen Parteien?.....	24
6.2	Förderpreis Naturschutzhöfe: Jetzt noch bis 31.3. bewerben! .....	24
6.3	Postkartenaktion des BUND Nördlicher Kaiserstuhl zum Jahrestag Tschernobyl.....	24
6.4	Der Kulturlandschaftspreis.....	25
6.5	Bantammais-Aktion gegen Anbau von Genmais .....	25
6.6	Deutsche Wildtier Stiftung startet Kampagne gegen den Tod von Wildtieren im Mähwerk .....	25
6.7	Tag der Artenvielfalt um den Hohenrechberg am 10. Juni 2006 .....	26
6.8	Workshop „Lebendige Flüsse und Wasserkraft .....	27
6.9	Dritter Baden-Württembergischer Waldgipfel: „Wald boomt“ .....	27
6.10	DNR-Aktion zum ehrenamtlichen Engagement.....	28
7	<b>SONSTIGES.....</b>	<b>28</b>
7.1	Per Mausclick : Energie-Schlupflöcher aufspüren .....	28
7.2	Bundesweites Verzeichnis von Pflanzenöl- Tankstellen .....	28
7.3	Energie sparen, Klima schützen .....	28
8	<b>VERÖFFENTLICHUNGEN/LITERATUR/INTERNET.....</b>	<b>29</b>

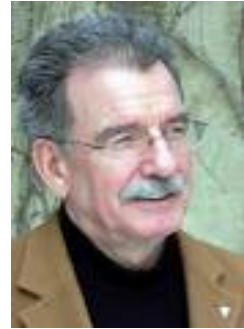
-

*Umlauf des LNV-Rundschreibens*

Name	weitergegeben am	Bemerkungen
AK-Sprecher/in		
Stellvertreter/in		

## Vorwort

Sehr geehrte Damen und Herren,  
 liebe Naturschützerinnen und Naturschützer,



das Vorwort dieses LNV-Rundschreibens unterscheidet sich von bisherigen Einführungen an gleicher Stelle in Form und Inhalt: Formal lesen Sie gleich den Text des Statements, das ich bei der Landespressekonferenz am 15. März im Landtag abgegeben habe. Inhaltlich könnte man den Text in die Rubrik „politisch ambitionierter Beitrag zur Landtagswahl“ einordnen, was sicherlich die Frage aufkommen lässt, was denn ein solches Papier im Rundschreiben des Dachverbands der Natur- und Umweltschutzverbände zu suchen hat.

Ich habe diese Stellungnahme vor den Medien des Landes als Vorwort gewählt, um deutlich zu machen, dass es einen Unterschied in der Bedeutung von Naturschutz und Umweltschutz nicht mehr gibt. Unsere Bemühung um besseren Klimaschutz durch bessere Energiepolitik ist originärer Naturschutz geworden! Wer die Zusammenhänge zwischen Klimaentwicklung und Biodiversität nicht erkennt, wird in seinen Bemühungen um den Naturschutz scheitern.

Aus dieser meiner Erkenntnis heraus bitte ich Sie um aufmerksame Lektüre und um Ihre Reaktion: Ich bin dankbar für Kritik und Anregung! Schreiben oder mailen Sie mir bitte über die LNV-Geschäftsstelle!

*Meine sehr geehrten Damen und Herren,*

*für mich war der wichtigste Satz unseres Ministerpräsidenten seit seiner Amtsübernahme jener, den er beim 1. Umwelt- und Naturschutztag der Landesregierung im Staatsministerium am 17. Dezember 2005 sagte: „Ich hänge nicht an der Atomenergie, falls man mir beweist, dass wir auch nach einer Abschaltung der AKWs auch ohne diese auskommen.“ Ich ging und gehe heute noch davon aus, dass Herr Oettinger dies so sagte, weil er der Meinung war und ist, dass wir in Baden-Württemberg gerade angesichts unseres hohen Anteils an Atomstrom auf diesen eben nicht werden verzichten können.*

*Bei mir hat der gewichtige Satz des Ministerpräsidenten spontan die Erinnerung wachgerufen an Arbeiten von Herrn Dr. Nitsch aus den vergangenen Jahren, die er im Auftrag der Landesregierung erstellt hat. Ich nenne als Beispiel die „Handlungsempfehlungen zur Verdoppelung des Anteils der regenerativen Energien an der Energieversorgung Baden-Württembergs bis zum Jahr 2010“ aus dem Juli 2002 und „Struktur und Entwicklung der zukünftigen Stromversorgung Baden-Württembergs“ vom März 2002.*

*Die heute vorgelegte und von Herrn Dr. Nitsch vorgestellte Arbeit ist eine knappe und trotzdem umfassende Wegweisung für eine Zukunft des Landes, in der die Energieversorgung klappt und zwar auch nach dem Zeitplan der für die Abschaltung der Atomkraftwerke im Land Gesetz ist. Seine Kompetenz steht – ich denke auch nach wie vor bei der Landesregierung – außer Frage.*

*Die Arbeit von Dr. Nitsch ist auch ein „Kompendium der Versäumnisse und Halbherzigkeiten der Landesregierung“. Sie verstärkt meinen schon lange gehegten Verdacht, dass – und deshalb der Hinweis auf die sich selbst erfüllende Prophezeiung – die Landesregierung die angebliche Unmöglichkeit eines nachhaltigen Wirtschaftens ohne Atomenergie als unverrückbaren Fakt fest in ihre Zukunftsplanung eingebaut hat. Dass damit die Wünsche von Energiekonzernen wie EnBW und EdF Berücksichtigung finden, ist für mich*

*Absicht und kein Nebeneffekt! Ich behaupte auch, dass die Landesregierung seit vielen Jahren ihre Politik zur Förderung der Erneuerbaren Energien und der Substitution von Atomstrom nur mit „angezogener Handbremse“ fährt, weil eine mit einer Reduzierung der Produktion von Atomenergie einhergehende Reduzierung der Erträge und Gewinne der Energiekonzerne vermieden werden soll. Ich verweise hier auf den scheinbar unstillbaren Gewinnhunger der EdF, die einem wegen exorbitant gestiegener Gewinne glücklichen EnBW-Vorstandsvorsitzenden Claßen immer noch mehr Gewinne abverlangt.*

*Dr. Nitsch hat den schlüssigen Nachweis geführt, dass die Forderung des Ministerpräsidenten erfüllt werden kann: In Baden-Württemberg werden auch nach dem Jahr 2008 nicht die Lichter ausgehen, wenn nach Obrigheim auch Neckarwestheim I abgeschaltet werden wird. Es wird nicht zu klimaschädlichen Nebenwirkungen kommen. Baden-Württemberg kann stattdessen, wenn man insbesondere auch im Wirtschaftsministerium die Zeichen der Zeit erkennen wird und, statt zu bremsen, Gas geben wird, erheblichen Nutzen – auch und gerade wirtschaftlichen Nutzen – aus einer Politik ziehen, die sich an den Empfehlungen von Herrn Nitsch orientiert. Hier tatsächlich endlich im Sinne der Empfehlungen von Dr. Nitsch kräftig Gas zu geben, wird für unser Land als dauerhaftes Konjunktur- und Arbeitsplatzbeschaffungsprogramm wirken. Baden-Württemberg kann bei Umwelttechnologien und –dienstleistungen Weltmarktführer werden!*

*Die großen multinationalen Konzerne machen es der staunenden Wirtschaftswelt vor: Dort wo global gehandelt wird, um hauptsächlich dauerhaften und hohen shareholder-value sicher zu stellen, wird heute mit Milliardenbeträgen in Umwelttechnologien und in erneuerbare Energiesysteme investiert. Ich garantiere Ihnen, dass Shell oder BP oder Sanyo dabei nicht primär das Wohl der Menschheit im Fokus ihrer weltweiten Investitionsstätigkeit haben. Sie wollen Geld machen, jetzt und auch noch in 30, 40 oder 50 Jahren. Die ökologische und ökonomische Zukunft gehört all jenen Energieträgern, die frei von globalen politischen Abhängigkeiten allen zur Verfügung stehen. Dazu gehören nicht Öl, nicht Kohle oder Braunkohle und auch nicht Uran.*

*Wer also in Baden-Württemberg nachhaltig denken und handeln will, sollte nicht mit den Methoden von gestern Probleme von morgen lösen wollen. Nichts anderes tun jene Leute, die Atomkraftwerke aus vordergründigen und kurzlebigen Gründen erhalten wollen und dabei langfristig gesehen eine Entwicklung verschlafen, die Baden-Württemberg, seiner Industrie und seinem Handwerk, seiner Land- und Forstwirtschaft und last but not least auch der Umwelt unseres Landes dauerhaften Nutzen bringt. Wer die Nachhaltigkeit nicht nur im Munde führt, sondern auch praktizieren will, muss daher den Empfehlungen eines Dr. Nitsch folgen und nicht denen der am alten System gut verdienenden Energiekonzerne. Dass diese Empfehlungen sofort umsetzbar und sofort wirksam sind, galt es zu beweisen. Voraussetzung ist dabei die aktive Mitwirkung der Landesregierung!*

*Ich trage dies hier vor in dem Wissen, dass alle Mitgliedsverbände im Landesnaturschutzverband – und das sind immerhin 34 an der Zahl mit rund 400.000 Einzelmitgliedern – so denken. Ich habe sie alle aufgefordert, diese Überlegungen in ihre individuelle Wahlentscheidung am 26. März einzubeziehen.*

*Dem Ministerpräsidenten rufe ich angesichts seines eingangs zitierten Konditionalsatzes zu: „Wir nehmen Sie beim Wort!“*

Ich wünsche Ihnen Freude und Erfolge bei Ihrer wichtigen Arbeit für den Erhalt unserer Natur und unserer Umwelt!

Es grüßt Sie herzlich Ihr



Reiner Ehret  
Vorsitzender

## 1 Aus der Arbeit des LNV

### **1.1 EU-Beschwerde Betreffs Luftreinhaltung mit weiteren Fakten untermauert**

Der EU-Kommission wurde als Ergänzung zu unserer bereits im März letzten Jahres eingereichten Beschwerde weitere aktuelle Fakten zur Stuttgarter Feinstaub- und NO<sub>x</sub>-Situation geliefert. Dabei wurden aktuelle Messdaten nachgeliefert, die unsere Einschätzung mehr als bekräftigen. Ferner wurden Aussagen von Seiten der Umweltministerin zitiert, welche die nicht rechtmäßige Umsetzung der EU-Richtlinie belegen. Der Stuttgarter Luftreinhalteplan wurde analysiert und die Wirkungs- bzw. Belanglosigkeit der meisten Maßnahmen dokumentiert.

### **1.2 EU-Kommission in Streit um Vogelschutzgebiete eingeschaltet**

Zur hoch umstrittenen Ausweisung der Vogelschutzgebiete hat der LNV gemeinsam mit NABU und BUND eine detaillierte Stellungnahme der Landesregierung und der EU-Kommission zugesandt. Darin fordern die Verbände, dass das Land seinen Vorschlag überarbeitet und ergänzt, weil zu wenige und nicht optimale Flächen ausgewählt wurden. Die jetzt vom Land vorgeschlagenen 10,7 Prozent der Landesfläche sind bei weitem nicht ausreichend. Die IBA-Liste (Important Bird Areas, Vorschlagsliste der Naturschutzverbände) weist mehr als die doppelte Fläche (25 Prozent) als notwendiges Schutzgebiet aus.

Nachdem Minister Hauk im Oktober seine aktuellen Vorschläge zur Erweiterung der EU-Vogelschutzgebiete kundgetan hatte, ging ein Aufschrei durchs Land: Vor allem die Gemeinden wehren sich seither heftig gegen den "übertriebenen Vogelschutz", gegen die "Enteignung durch Brüssel" und "das Ende der kommunalen Planungshoheit". Nach unserer Ansicht bedeuten Vogelschutzgebiete für die Gemeinden und ihre Bürgerinnen und Bürger jedoch ein Mehr an Lebensqualität. Als "fliegende Umweltmessstationen" seien Vögel zuverlässige Indikatoren. Wert wurde von uns auf die Feststellung gelegt, dass eine Weiterentwicklung auch im Vogelschutzgebiet möglich ist, allerdings im Einklang mit den Zielen des Vogelschutzes.



### **1.3 „Wahlprüfsteine“ an Landtagskandidaten versandt**

Der LNV hat jüngst einen Großteil der zur Landtagswahl angetretenen Kandidaten mit sogenannten „Umweltprüfsteinen“ konfrontiert, um ihnen konkrete Antworten zu aktuellen umweltpolitischen Themen zu entlocken. Zu 10 Themengebieten von Nachhaltigkeit, Energie und Landschaftsverbrauch über Verkehr, Gewässer- und Tierschutz sowie biologischer Vielfalt bis hin zum Waldbau, Landwirtschaft und Umweltbildung wurde mundgerecht im „Multiple-Choice-Verfahren“ abgefragt.

Nicht nur der Umfang des Rücklaufes, sondern auch die Qualität vieler Antworten hat uns gefreut. Über 100 der Kandidaten haben die Mühe nicht gescheut, zu antworten – oft ergänzt mit interessanten Bemerkungen. Wer für seinen Wahlkreis die Antworten und Positionen der einzelnen Kandidaten nachlesen will, erhält unter [www.lnv-bw.de](http://www.lnv-bw.de) ausführlich Auskunft.

#### **1.4 Stellungnahme zum Entwurf des neuen Wasserkrafterlasses abgegeben**

In seiner gemeinsam mit dem NABU verfassten Stellungnahme zum neuen Wasserkrafterlass votiert der LNV dafür, dass den Gewässern zur Stromgewinnung nur so viel Wasser entnommen werden darf, wie es für die Tierwelt der Gewässer verträglich ist. Dabei votiert er nicht generell gegen Wasserkraftnutzung, legen aber Wert



darauf, dass die ökologischen Anforderungen der gewässertypischen Fischfauna bei der Festlegung des Mindestabflusses berücksichtigt werden müssen. Der LNV fordert die obligatorische Anwendung eines Verfahrens, das von Landesanstalt für Umwelt, Messungen und Naturschutz Baden-Württemberg (LUBW) entwickelt wurde. Will ein Wasserkraftbetreiber diesen Untersuchungsaufwand umgehen, soll der Mindestabfluss in Ausleitungsstrecken 2/3 der mittleren Wassermenge betragen, die

natürlicherweise im Jahreslauf im Gewässer mindestens abfließt (von Fachleuten als MNQ bezeichnet).

Für den LNV ist es unverständlich, dass das Umweltministerium im neuen Erlass erneut den alten Orientierungswert von nur 1/3 MNQ als ausreichend ansieht. Dies verstößt gegen die Anforderungen der Europäischen Wasserrahmenrichtlinie.

Da die Zulassung einer Wasserkraftanlage nach dem Wasserkrafterlass in Baden-Württemberg auch als Grundlage für eine erhöhte Vergütung des Stroms nach dem Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) dient, droht aus Sicht der Naturschutzverbände die Gefahr, dass die Stromkunden ökologisch minderwertige Wasserkraftanlagen mit erhöhten Preisen subventionieren müssen.

#### **1.5 LNV-Protest gegen Benken zeigt Wirkung**

Die Umweltverbände im Land erhalten für ihre Kritik am geplanten Atommüll-Endlager im schweizerischen Benken nun hoch offizielle Unterstützung von Seiten des Stuttgarter Umweltministeriums (UM): In einem letzte Woche an den Landesnaturschutzverband (LNV) verschickten Schreiben (siehe Anhang) bestärkt das UM den LNV in einer ganzen Reihe der Bedenken, die zuletzt von den Naturschützern im Dezember letzten Jahres gegenüber den Schweizer Stellen vorgetragen wurden.

So wird in dem Schreiben betont, dass der beantragte Entsorgungsnachweis keine Vorfestlegung für einen Endlagerstandort im Züricher Weinland sein darf und dass man noch wissenschaftlichen Untersuchungsbedarf sehe. Auch der LNV hatte die Untersuchung weiterer Standorte gefordert. Da die deutsche Bevölkerung vom grenznahen Standort Benken genauso betroffen sei wie die Schweizer Seite, müsse sie – so das Ministerium – gleichberechtigt wie die Eidgenossen am Verfahren beteiligt werden.

Gegen das Atomendlager sind übrigens 3800 Einsprüche eingegangen – die meisten aus Deutschland!. Diese sollen bis Mitte des Jahres ausgewertet sein, dann muss der Schweizer Bundesrat entscheiden, ob der Entsorgungsnachweis erbracht worden ist.



#### **1.6 Vorabsprachen bei der Festlegung von Ausgleichsmaßnahmen**

In einem Schreiben an Minister Hauk hat Herr Ehret an Beispielen aus dem Landkreis Göppingen reklamiert, dass Vorschläge für Ausgleichsmaßnahmen, die wir im Rahmen von Anhörungsverfahren vorbringen, völlig ins Leere laufen, weil bereits vor der Anhörung eine Vorfestlegung zwischen Behörden, Planungsträger und Grund-



stückseigentümer erfolgt ist. Dies mache unsere Anstrengungen sinnlos und trage zur Demotivation unserer Mitarbeiter bei.

In seiner Antwort sagt Minister Hauk zu, bei den „nachgeordneten Behörden daraufhin zu wirken, dass die fachlich geeigneten Kompensationsvorschläge der Naturschutzverbände unterstützt werden“ Und weiter: „Ich habe veranlasst, dass die Regierungspräsidien gebeten werden, die Thematik bei den nächsten Dienstbesprechungen in diesem Sinne zu erörtern“.

### **1.7 Bibermanagement: Ehrenamtliche können als Biberberater mitwirken!**



Anlässlich aktueller Vorgänge in den baden-württembergischen Bibergebieten hat der LNV dem MLR seine Haltung zum Biber grundsätzlich und zur Handhabung möglicher Konfliktfälle mitgeteilt (ein entsprechendes Positionspapier ist in Planung).

Darin wird die Ausbreitung des Bibers und seine Fähigkeit als „Biotopgestalter“ begrüßt, das vom Land aufgestellte „Bibermanagement“ im Grundsatz begrüßt, und für ein maßvolles Nebeneinander von Biber und Mensch plädiert. Das schließt – neben dem obligaten strengen Schutz dieser FFH-Art - in „harten“ Konfliktfällen auch Sicherungs- und Vergrämungsmaßnahmen gegen Biber mit ein, um die zur Zeit noch gute Akzeptanz des Bibers nicht aufs Spiel zu setzen. Für einen Fang oder gar eine Tötung schadensverursachender Tiere sieht der LNV in der jetzigen Situation allerdings keinen Anlass.

Das staatliche Bibermanagement sieht vor, auf unterster Ebene Ehrenamtliche als sogenannte „Biberberater“ einzusetzen, die betroffene Nutzer präventiv beraten oder in Konfliktfällen erste Hilfe leisten (bevor der staatliche „Bibermanager“ einspringt). Wir haben dem Ministerium zugesagt, in unseren Kreisen dafür zu werben, dass sich auch LNV-Aktive für dieses (übrigens recht interessante!) Ehrenamt zur Verfügung stellen.

### **1.8 Protest gegen „Gipfelparty“**

In einem Schreiben an das Regierungspräsidium hat der LNV vehement gegen die Umfang und Ausrichtung der „Gipfelparty“ auf dem Feldberg protestiert. Unmittelbar am NSG / FFH-Gebiet mit extrem störungsempfindlichen Arten wurde zum Beispiel ein großes Feuerwerk abgebrannt – dies alles ohne jegliche FFH-Prüfung. Darauf hat sogar BILD die Sache thematisiert und LNV-Vorsitzender Reiner Ehret zum Interview gebeten.



## 2 Landesthemen

### **2.1 Statt LfU jetzt LUBW**

Mit Inkrafttreten des entsprechenden Gesetzes zum 1.1.2006 ist die ehemalige LfU (Landesanstalt für Umweltschutz BW) mit der ehemaligen UMEG (Zentrum für Umweltmessungen, Umwelterhebungen und Gerätesicherheit) verschmolzen.

Die neue Umweltbehörde heißt „Landesanstalt für Umwelt, Messungen und Naturschutz Baden-Württemberg“ (LUBW), sitzt weiterhin in Karlsruhe, ist auf fünf Dienstgebäude verteilt und hat eine Außenstelle in Stuttgart und in Langenargen am Bodensee. Die sieben Abteilungen haben zusammen rund 500 Stellen und ein Jahresbudget von 45 Mio. Euro. Sie ist eine nachgeordnete Einrichtung des Umweltministeriums, im Bereich des Naturschutzes untersteht sie dem MLR. Hauptaufgabe ist die Beratung und Unterstützung der Landesregierung der Landesbehörden in Fragen des Umwelt- und Naturschutzes, des Strahlenschutzes, des technischen Arbeitsschutzes und der Produktsicherheit.

Die neue Internet-Adresse lautet [www.lubw.baden-wuerttemberg.de](http://www.lubw.baden-wuerttemberg.de). Die Postadresse bleibt die alte.

### **2.2 Kormoranabschuss eingestellt**

Die Vogelgrippe macht's möglich: Das Regierungspräsidium Freiburg hat am Bodensee den Vergrämungsabschuss von Kormoranen mit sofortiger Wirkung am 28.2.06 eingestellt, Grund: „Um das Risiko einer Weiterverbreitung möglicher Erreger zu minimieren, sollten die im Landkreis Konstanz rastenden und überwinternden Wasservögel nicht beunruhigt und aufscheucht werden.“



### **2.3 Mulchverbot: Baden-Württemberg unterzeichnet Todesurteil für Jungtiere**

(NABU-BW) Am 10.3.06 hat das Land Baden-Württemberg trotz der Einsprüche von Naturschützern im Bundesrat eine Änderung des Mulchverbots mitgetragen. Die Folge: Wichtige Rückzugsräume für bedrohte Wildtierarten werden zerstört. Bisläng dürfen Landwirte in der Zeit vom 1. April bis 15. Juli - während der Brut- und Aufzucht vieler Wildtiere - ihre Brachflächen weder mähen noch mulchen. Der Bundesrat hat jetzt einer Verkürzung dieser Sperrfrist um einen Monat auf den 15. Juni zugestimmt.

Obwohl der NABU bei der Landesregierung mehrfach interveniert hat, hat das Land für diese Änderung gestimmt und somit das Todesurteil für Tausende junger Feldhasen, Rehe und gefährdete Bodenbrüter wie Feldlerche, Wachtel oder Rebhuhn mit unterschrieben. Mitte Juni sind die meisten Tierarten voll mit der Brut und Aufzucht ihrer Jungen beschäftigt.

Das baden-württembergische Ministerium für den ländlichen Raum schreibt in seiner Pressemitteilung, mit der aktuellen Entscheidung würden "die Belange des Naturschutzes, des Tierschutzes und der Jägerschaft, die sich gegen die Streichung ausgesprochen hatten, gewahrt". "Gerade das ist eben nicht der Fall.

Hintergrund der Änderung des Verbots ist die Angst vor der Aussamung von Ackerwildkräutern aus den Brachen auf angrenzende Felder. Der Beschluss der Länderkammer ist nun an die Bundesregierung weitergeleitet worden. Die Bundesminister Seehofer und Gabriel können das Unheil noch abwenden, indem sie die Änderung verhindern.

#### **2.4 Ornithologische Gesellschaft Baden-Württemberg**

Am 19. März 2005 wurde die "Ornithologische Gesellschaft Baden-Württemberg (OGBW)" von 79 Gründungsmitgliedern in Bad Wurzach aus der Taufe gehoben. Sie löst die seit 35 Jahren bestehende und nicht vereinsmäßig organisierte "Arbeitsgemeinschaft Avifauna Baden-Württemberg" ab und übernimmt u.a. deren Aufgaben und Tätigkeiten.

Die OGBW will auf der Grundlage und in Fortsetzung der bisherigen ornithologischen, naturschützerischen und naturpolitischen Arbeit in Baden-Württemberg mit eigenen Untersuchungen nach wissenschaftlichen Methoden zur Erforschung der Vogelwelt Baden-Württembergs und zu einem umfassenden Schutz ihrer Lebensräume beitragen,

Aus einem 30köpfigen Beirat wurde der Vorstand gewählt, dem Dr. Martin Boschert, Dr. Jochen Hölzinger, Dr. Ulrich Mäck, Ulrich Mahler und Christian Stohl angehören.

*Mitglieder sind herzlich willkommen! So lange der Zeitschriftenbezug noch nicht geklärt ist, kostet die Mitgliedschaft im Jahr 25 Euro für Einzelmitglieder, 40 Euro für Familien- und 10 Euro für ermäßigte Mitgliedschaft (für Schüler, Studenten, Wehr- und Zivildienstleistende). Anträge und Anfragen bitte an: Ulrich Mahler, Eichelgarten 11, 68809 Neulußheim, Tel. 06205-33845, e-mail:ulrich.mahler@rpk.bwl.de.*

#### **2.5 Fledermaus durch Rotoren gefährdet**

(Südwestseutsche Zeitung) An den Windkraftstandorten in Südbaden sind nach dem Ergebnis einer vom Regierungspräsidium in Auftrag gegebenen Studie Fledermäuse europaweit am stärksten gefährdet. Im Rahmen der Untersuchung waren in den Jahren 2004 und 2005 16 Anlagen regelmäßig kontrolliert worden. Insgesamt sind im Untersuchungszeitraum 50 tote Fledermäuse in der Umgebung der Windräder gefunden worden. Die Hochrechnung, die der Gutachter als „seriös und konservativ“ bezeichnet, geht davon aus, dass an den untersuchten Anlagen in dieser Zeit tatsächlich 430 Tiere zu Tode kamen.



Grund der europaweit höchsten Zahlen nennt er die bewaldete Schwarzwaldlandschaft. Hier seien erheblich mehr Fledermäuse beheimatet als an anderen Windkraftstandorten.

#### **2.6 Förderanträge Stiftung Naturschutzfonds**

Wie jedes Jahr können jetzt wieder bei der Stiftung Naturschutzfond Anträge für Naturschutzprojekte gestellt werden. Frist für den allgemeinen Stiftungshaushalt ist der 1.5.06, für die Mittel aus den Ausgleichsabgaben der 15.6.06..

*Nähere Informationen über Frau Dr. Riedel 0711/1262225 oder über die LNV-Geschäftsstelle.*

## **2.7 Versicherungsschutz für bürgerschaftliches und ehrenamtliches Engagement**

Das Land Baden-Württemberg hat zum 1. Januar 2006 Sammelversicherungsverträge zum Unfall- und Haftpflichtversicherungsschutz für Ehrenamtliche abgeschlossen. Versichert sind ehrenamtlich Tätige für das Gemeinwohl, die ihre Tätigkeit in Baden-Württemberg ausüben oder deren Engagement von Baden-Württemberg ausgeht. Die Tätigkeit muss in rechtlich unselbständigen Strukturen stattfinden. Vereine, Verbände, Stiftungen usw. müssen deshalb auch weiterhin für den Versicherungsschutz ihrer Ehrenamtlichen sorgen!

Der Infolyer ist erhältlich unter [stabsstelle@sm.bwl.de](mailto:stabsstelle@sm.bwl.de) und als pdf-Datei unter [www.bürgerengagement.de](http://www.bürgerengagement.de)

## **2.8 Lachs wieder im Murgtal**

"Nach fast 100 Jahren laichen wieder Lachse in der Murg. Durch das Gewässerschutzprogramm Lachs 2000 und Lachs 2020 ist auch die Murg heute wieder ein sauberer Fluss. Der Fund ist laut MLR aber auch ein sicherer Hinweis für eine Wiederansiedlung der Lachse im gesamten Oberrheingebiet. So werden neben der Fischtreppe Iffezheim, die sehr gut von Lachsen und anderen über Jahrzehnte verschollenen Fischarten angenommen werde, durch den Fischpass an der Staustufe Gamsheim im Herbst dieses Jahres weitere Gewässersysteme für den Lachs zugänglich gemacht.

Der Laichplatz wurde von der "Anglergemeinschaft Mäander" auf dem Gewässergrund in der Murg bei Bad Rotenfels entdeckt und von der Universität Karlsruhe untersucht.



## **2.9 Milliarden-Kürzungen im Nahverkehr: Kahlschlag droht!**

(BUND) Das Bundeskabinett hat Mittelkürzungen für den Schienennahverkehr um 2,3 Mrd. Euro bis zum Jahr 2009 beschlossen. Für Baden-Württemberg bedeutet dieser Beschluss in den nächsten drei Jahren einen Verlust von über 250 Mio. Euro. Pro Jahr stehen damit über 84 Mio. Euro weniger für den Schienenpersonennahverkehr zur Verfügung. Nach Angaben des BUND droht damit ein Kahlschlag im Schienenverkehr des Landes. So müsse schätzungsweise jeder sechste Zugkilometer künftig gestrichen werden. Die Folgen wären massive Angebotseinschränkungen, unattraktive Fahrpläne und Streckenstilllegungen vor allem in den ländlichen Regionen von Baden-Württemberg.

Der BUND forderte die Landesregierung auf, im Bundesrat die Kürzungspläne der großen "Kahlschlag-Koalition" zu verhindern. Ministerpräsident Oettinger muss den Wählerinnen und Wählern noch vor der Landtagswahl reinen Wein einschenken und sich eindeutig und unmissverständlich dazu verpflichten im Bundesrat gegen die Kürzungen zu stimmen.

## **2.10 EnBW will Wärmepumpen-Kunden binden**

(taz) Die Energie-Baden-Württemberg (EnBW) hat eine neue Variante erdacht, Stromkunden langfristig zu binden: In March-Hugstetten bei Freiburg will das Unternehmen ein Neubaugebiet mit 151 Wohneinheiten mit elektrischen Wärmepumpen ausstatten - ein landesweites Pilotprojekt. Wer auf dem Areal "Neumatten" ein Grundstück erwirbt, soll die Elektrowärme als Baulast ins Grundbuch eingetragen

bekommen. Damit wäre die Wahl einer anderen Heizung blockiert, man macht sich auf alle Zeiten vom Strompreis abhängig und kann den Stromversorger nicht mehr wechseln. Da Wärmepumpen "erfahrungsgemäß zu 85 Prozent tagsüber laufen", müsse man überwiegend Tagstrom bezahlen, den die EnBW für Heizzwecke derzeit für 14,51 Cent je Kilowattstunde anbietet.

Die landeseigene Klimaschutz- und Energieagentur (KEA) in Karlsruhe kommt in einem eigens für das Baugebiet "Neumatten" erstellten Gutachten zum Ergebnis, dass "die konventionelle dezentrale Wärmebereitstellung" - also Öl- oder Gasheizungen - "auch bei heutigen Energiepreisen noch deutlich kostengünstiger" sei als die elektrische Wärmepumpe. Laut KEA verursacht eine Wärmepumpe dreimal so viele CO<sub>2</sub>-Emissionen wie ein Nahwärmenetz mit Holzhackschnitzeln und sechsmal so viel wie eine Pelletheizung.

### **2.11 600 Teilnehmer bei den 30. Naturschutztagen am Bodensee**

Rund 600 Teilnehmer haben die Naturschutztage 2006 im Milchwerk Radolfzell besucht. Die größte regelmäßig stattfindende Naturschutz-Tagung im deutschen Sprachraum wurde in diesem Jahr zum 30. Mal vom BUND- und NABU-Landesverband veranstaltet. Ein Höhepunkt der Veranstaltung war der Besuch des Ministerpräsidenten Günther Oettinger, der sich den Fragen und der Kritik der Natur- und Umweltschützer stellte. Die Teilnehmer der Naturschutztage lobten Oettingers Initiative bei der Einrichtung des ersten Großschutzgebietes in Baden-Württemberg, dem "Biosphärengebiet Mittlere Schwäbische Alb". Sie kritisierten aber seinen Einsatz für die Laufzeitverlängerung von Atomkraftwerken.

Die Teilnehmer der Naturschutztage verabschiedeten eine Resolution zum Schutz der Kormorane. Hintergrund ist der im September 2005 vom Regierungspräsidium Freiburg genehmigte Abschuss dieser Zugvögel in EU-Vogelschutzgebieten am Oberrhein. Die Teilnehmer der Naturschutztage forderten Regierungspräsident Sven von Ungern-Sternberg auf, die Genehmigung unverzüglich zurückzunehmen.

### **2.12 Minister Hauk startet das Naturschutzprojekt "Badische Binnendünen" in Oftersheim (Landkreis Rhein-Neckar)**

Mit dem im März 06 gestarteten Naturschutzprojekt "Badische Binnendünen" sollen die wertvollen Lebensräume auf Binnendünen und Flugsandfeldern im Rhein-Neckar-Raum entwickelt und vernetzt werden. Die Finanzierung der Maßnahme erfolgt durch die Stiftung Naturschutzfonds (550.000 Euro). Hierfür werden Ausgleichsabgabemittel zur Verfügung gestellt, die infolge des Neubaus der B 535 bei Schwetzingen-Plankstadt festgesetzt wurden. Durch den Straßenbau werden Sandökosysteme beeinträchtigt oder unwiederbringlich zerstört, die mit dem Naturschutzprojekt "Badische Binnendünen" ausgeglichen werden sollen.



Binnendünen sind nach dem Naturschutzgesetz nicht nur besonders geschützte Biotope, sondern auch Lebensraumtypen von europaweiter Bedeutung. "Im Rahmen des europäischen Schutzgebietssystems NATURA 2000 stehen sie in Baden-Württemberg unter diesem Schutz.

### **2.13 Neuer Nachhaltigkeitsbeirat des Landes konstituiert**

In Stuttgart fand im Dezember 2005 die konstituierende Sitzung des Nachhaltigkeitsbeirates der Landesregierung (NBBW) statt.

Der NBBW berät die Landesregierung als unabhängiges Gremium in Bezug auf Umweltthemen. Der Beirat ist mit Wissenschaftlern aus allen für eine dauerhaft umweltgerechte Entwicklung bedeutsamen Fachrichtungen besetzt (Sozialwissenschaften, Ökologie, Ökonomie, Klimaforschung, Umwelt und Gesundheit, Mobilität). Seine Aufgabe ist es, durch periodische Begutachtung die Umweltsituation in Baden-Württemberg und deren Entwicklungstendenzen zu bewerten sowie umweltpolitische Fehlentwicklungen und Möglichkeiten zu deren Vermeidung aufzuzeigen. Der Beirat ist für die Dauer von drei Jahren berufen. Erstmals gehören dem Gremium drei Frauen an.

Die zunächst vorrangige Aufgabe des neunköpfigen Expertengremiums liegt in der Fortschreibung des Umweltplans des Landes. Sie soll im kommenden Jahr abgeschlossen sein.

#### Mitglieder des Nachhaltigkeitsbeirats:

Umweltmanagement, Umwelttechnik: Dr. Ing. Peter Fritz, Mitglied des Vorstands des Forschungszentrums Karlsruhe.

Umwelt und Mobilität: Dr. Ulrich Höpfner, ifeu-Institut, Heidelberg.

Biodiversität: Prof. Dr. Giselher Kaule, Universität Stuttgart, Leiter des Instituts für Landschaftsplanung und Landschaftsökologie.

Klimaschutz und Energiewirtschaft: Prof. Dr. Claudia Kemfert, Humboldt Universität Berlin, Leiterin der Abteilung Energie, Verkehr und Umwelt am Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) - Neuberufung.

Umweltbildung: Prof. Dr. Lenelis Kruse-Graumann, Fernuniversität Hagen, Lehrgebiet Ökologische Psychologie, stellv. Vorsitzende des Deutschen Nationalkomitee zur UN-Dekade "Bildung für eine nachhaltige Entwicklung" - Neuberufung.

Umwelt und Gesundheit: Prof. Dr. Erika von Mutius, Klinikum der Universität München, Dr. von Haunersches Kinderspital - Neuberufung.

Nachhaltigkeit: Prof. Dr. Dr. Franz-Josef Radermacher, Universität Ulm, Leiter des Forschungsinstituts für anwendungsorientierte Wissensverarbeitung/n (FAW/n).

Sozialwissenschaften/Kommunikation/Nachhaltigkeit: Prof. Dr. Ortwin Renn, Universität Stuttgart; Leiter des Instituts für Sozialwissenschaften.

Umweltökonomie: Prof. Dr. Lutz Wicke, Europäische Wirtschaftshochschule Berlin, Leiter des Instituts für Umweltmanagement.

## 3 Bundesthemen

### **3.1 Wissen, woher der Strom kommt: Stromkennzeichnung tritt in Kraft**

Die neue Transparenz für Stromkunden macht eine Regelung des im Juli 2005 in Kraft getretenen Energiewirtschaftsgesetzes (EnWG) möglich. Danach müssen die Stromanbieter ab dem 15. Dezember 2005 auf ihren Stromabrechnungen alle Energieträger benennen, aus denen der gelieferte Strom stammt. Grundlage der deutschen Vorschriften ist eine EU-Richtlinie aus dem Jahr 2003. Die Bundesregierung hat zunächst darauf verzichtet, eine Ermächtigung zum Erlass einer Verordnung zu nutzen, mit der genauere Vorgaben zur Stromkennzeichnung gemacht werden könnten. Vielmehr wird auf die Selbstregelung durch die Strombranche gesetzt. Wie diese auszusehen hat, sollte die Branche selbst regeln. Das Umweltbundesamt kann die Kritik an einem Vorschlag des Verbandes der Elektrizitätswirtschaft (VDEW) nachvollziehen, denn dieser Vorschlag kann dazu führen, dass die großen Anbieter mehr Ökostrom ausweisen, als sie tatsächlich liefern.

(Quelle: PM 75/05 des UBA, 15.12.2005)

### **3.2 Vogelgripperisiko für Bevölkerung gering**

(Euronatur). Trotz des langen Winters kehren dieser Tage Kiebitze, Drosseln, Stare und viele andere Zugvögel nach Deutschland zurück. Nach Auffassung der internationalen Umweltstiftung Euronatur ist dabei das Vogelgrippe-Risiko für die Bevölkerung sehr gering, und die Menschen sollten sich die Freude an den gefiederten Frühlingsboten nicht nehmen lassen.



Es sei zwar möglich, dass Zugvögel die Krankheit übertragen könnten, und deshalb sollte sich jeder an die Sicherheitsempfehlungen der Forschungsinstitute halten. Andererseits

müssten aber auch alle Verbreitungswege der Viren gleichermaßen berücksichtigt und es dürften jetzt nicht alle Vögel als fliegende Seuchenherde gebrandmarkt werden. Auch die Ansteckung mehrerer Katzen auf Rügen müsse entsprechende Sicherheitsvorkehrungen nach sich ziehen. Allerdings gelte nach wie vor, dass Säugetiere sehr große Virusmengen aufnehmen müssten, um sich anzustecken, betont man bei Euronatur.

Gegen die Theorie vom alleinigen Sündenbock "Zugvögel" sprechen nach Euronatur-Recherchen viele Fakten: So sei im Nahen Osten noch kein einziger Vogelgrippefall aufgetreten, obwohl auch dort schon seit längerem Untersuchungen durchgeführt werden und dieses Frühjahr bereits mehrere Millionen Zugvögel durchgezogen sind. So ist es auch denkbar, dass die in jüngster Zeit in Europa betroffenen Vögel bereits seit längerem Virusträger waren und erst jetzt gegen Ende des Winters der Krankheit zum Opfer fielen.

### **3.3 Sinkender CO<sub>2</sub>-Ausstoß in Deutschland**

Der Ausstoß des klimaschädlichen Kohlendioxid (CO<sub>2</sub>) in Deutschland ist nach Angaben des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW) im Jahr 2005 gegenüber dem Vorjahr um 2,3 Prozent gesunken. Das Umweltbundesamt (UBA) wertet dies als erfreuliche Entwicklung, warnt aber davor, die Zahlen als Argument zu nutzen, nun Tempo aus dem Klimaschutz zu nehmen. Man hat es laut UBA in erster Linie mit Einmaleffekten zu tun.

Das UBA sieht folgende Ursachen für die geringeren Treibhausgasemissionen:

1. In wärmeren Jahren wie 2005 sinkt der Heizenergiebedarf und damit auch die CO<sub>2</sub>-Emission. Deutschlandweit lag die Temperatur 2005 um 0,8 Grad über dem langjährigen Durchschnitt von 8,2 Grad Celsius (°C). Sie erreichte mit etwa 9,0 °C wieder den Wert des Vorjahres. Wegen des Klimawandels zeigt sich in Deutschland deutlich ein Trend zunehmender Jahresmitteltemperaturen. Dies darf aber nicht zu der Erwartung verleiten, dass es in Zukunft nur noch "warme Jahre" geben werde.

2. Aus Sicht des UBA trägt zudem der Ausbau der erneuerbaren Energien wesentlich zur Emissionsminderung bei. Ihr Anteil am Primärenergieverbrauch ist von 4,0 % im Jahr 2004 auf 4,6 % in 2005 gestiegen. Schon über 10 % des Stroms kam 2005 aus erneuerbaren Energieträgern. Nach einer aktuellen Schätzung des Bundesumweltministeriums (BMU) wurden durch die erneuerbaren Energien insgesamt 83 Millionen Tonnen CO<sub>2</sub> eingespart.

3. Ein weiterer Faktor für den gesunkenen CO<sub>2</sub>-Ausstoß ist nach Meinung des Amtes der hohe Preis für Endenergie, also Strom, Treib- und Heizstoffe sowie Wärme. Dieser erklärt den Rückgang der Emissionen bei Haushalten und Verkehr. Auch bei anhaltend hohem Preisniveau dürfte es jedoch in den Folgejahren nicht zu einer ähnlich hohen Verminderung der CO<sub>2</sub>-Emissionen kommen.

Unter dem Strich erwartet das UBA, dass Deutschland sein Kyoto-Ziel von 21 % weniger Treibhausgasausstoß bis 2010 gegenüber 1990 knapp erreichen wird. Dies ist jedoch nur zu schaffen, falls alle im Koalitionsvertrag beschlossenen Maßnahmen auch vollständig realisiert werden. Dazu zählen die Aufstockung und Verbesserung des Gebäudesanierungsprogramms und die Rückführung der klimaschädlichen Subventionen wie Eigenheimzulage und Pendlerpauschale.

### **3.4 Energie-Nachfrage 2004 weltweit: Historischer Höchststand**

Ein schneller Nachfrageanstieg nach allen Arten von Energie hat 2004 die Energiemärkte dominiert und zu steigenden Preisen geführt. Außergewöhnlich hoch war der Bedarf von China, dennoch ist das Phänomen von globaler Natur. "Der gesamte Energieverbrauch weltweit ist 2004 um 4,3 % gestiegen. Mengemäßig ist es das größte je gemessene Jahreswachstum an weltweitem Primärenergiekonsum und das höchste prozentuale Wachstum seit 1984. Es ist außergewöhnlich, dass dieser Nachfrageanstieg geographisch so großflächig verteilt war", sagte Peter Davies, Chef-Volkswirt der BP bei der Vorstellung des "BP Statistical Review of World Energy 2005".



Näheres siehe: <http://www.sonnenseite.com/fp/archiv/Akt-News/6604.php>

### **3.5 Emissionshandel: Positive Bilanz für das erste Jahr**

Die Deutsche Emissionshandelsstelle im Umweltbundesamt (DEHSt) zieht ein Jahr nach Einführung des europäischen Emissionshandels eine positive Bilanz des neuen Klimaschutzinstrumentes: Im Nationalen Emissionshandelsregister zeigt sich, dass Kontoinhaber seit dem Start im März 2005 über 90 Millionen Emissionsberechtigungen übertragen haben. Das sind etwa 18 Prozent der in Deutschland 2005 ausgegebenen Emissionsberechtigungen. Das tatsächliche Handelsvolumen war noch höher, da sich nicht jeder privatwirtschaftliche Handel sofort im Register abbildet.

Weitere Infos: <http://www.dehst.de/>.



## 4 Gesetze, Verordnungen, Urteile

### ... Internationales und der EU

#### **4.1 Deutschland wegen nicht ordnungsgemäßer Umsetzung der FFH-Richtlinie in deutsches Recht verurteilt**

Der Europäische Gerichtshof (EuGH) wirft der Bundesrepublik Deutschland in der Rechtssache C-98/03 vor, einige zentrale Bestimmungen der Fauna-Flora-Habitat-(FFH-) Richtlinie von 1992 nicht ordnungsgemäß in deutsches Recht übernommen zu haben. Die Mitgliedstaaten der Europäischen Union sind dazu verpflichtet, die von ihnen verabschiedeten Richtlinien innerhalb von zwei Jahren in nationales Recht zu übernehmen. Deutschland war bereits 1997 wegen der schleppenden Umsetzung der FFH-Richtlinie in deutsches Recht verurteilt worden. Erst 1998 hatte die damalige Bundesregierung auf Druck aus Brüssel und Luxemburg die Inhalte der Richtlinie in das Bundesnaturschutzgesetz übernommen.



Das Land muss aus dem Urteil folgende Forderungen ableiten: Die Definition von "Plänen" und "Projekten" sollte präzisiert werden, der Art. 12 ff (Artenschutz) muss korrekt ins Landesrecht eingeführt einschließlich Artenschutz in der Bauleitplanung und die Landwirtschaftsklausel muss korrigiert werden. In das Landesfischereigesetz muss umgehend das geforderte Fangverbot eingebaut werden.

#### **4.2 EU-Nitratrichtlinie nicht vollständig umgesetzt**

Die EU Nitrat-Richtlinie<sup>1</sup> soll verhindern, dass zu große Mengen von Nitraten durch tierische Ausscheidungen und den Einsatz von Düngemitteln in Oberflächengewässer und ins Grundwasser gelangen. Hohe Nitratwerte führen zu unerwünschten ökologischen Veränderungen des Wassers und fördern schädliches Algenwachstum. Sie können sogar das Trinkwasser gesundheitsschädlich machen.

Im Dezember 2003 hatte die Kommission Deutschland eine letzte schriftliche Mahnung übermittelt und darauf hingewiesen, dass zwei Aspekte der deutschen Düngeverordnung gegen die Nitratrichtlinie verstoßen. Seitdem konnten in den Diskussionen zwischen der Kommission und den deutschen Behörden gute Fortschritte erzielt werden, aber die notwendige rechtliche Anpassung der deutschen Verordnung wurde noch immer nicht verabschiedet, so dass die beiden Verstöße fortbestehen.

Erstens ist die deutsche Verordnung gemessen an der Richtlinie, die die Mitgliedstaaten verpflichtet, Vorschriften für das Ausbringen von Düngemitteln auf stark geneigten landwirtschaftlichen Flächen zu erlassen, zu allgemein und erfüllt daher die Auflagen der Richtlinie nicht. Zweitens liegt der deutsche Grenzwert für die Menge Stickstoff, die auf Weiden ausgebracht werden darf, mit 210 kg je Hektar über dem Grenzwert der Richtlinie, der 170 kg je Hektar beträgt.

*IP/05/1640 vom 20.12.05*

---

<sup>1</sup> Richtlinie 91/676/EWG

### **4.3 Klageverfahren gegen Deutschland wegen FFH-Verstößen wird fortgesetzt**

Der Europäische Gerichtshof hatte bereits im September 2001<sup>2</sup> befunden, dass Deutschland keine vollständige Liste von Naturschutzgebieten zur Ausweisung als Gebiete von gemeinschaftlicher Bedeutung im Rahmen der Habitatrichtlinie<sup>3</sup> von 1992 vorgelegt hatte. Die Richtlinie sieht einen umfassenden Schutz bedeutender Arten von Lebensräumen sowie zahlreicher Tier- und Pflanzenarten vor. Gebiete von gemeinschaftlicher Bedeutung sind Gebiete, die erheblich zur Erhaltung oder Wiederherstellung der biologischen Vielfalt beitragen können.

Seit dem Urteil des Gerichtshofes haben die Kommission und die deutschen Behörden gemeinsam an der Frage gearbeitet, welche weiteren Lebensräume und Arten im Rahmen der Richtlinie ausgewiesen werden sollten, und viele Lücken konnten geschlossen werden.

Die Kommission ist jedoch besorgt, weil Deutschland keine ausreichend großen Gebiete im Bereich von vier wichtigen Flussmündungen (Weser, Elbe, Ems und Trave) als Gebiete von gemeinschaftlicher Bedeutung ausgewiesen hat. In diesem Zusammenhang ist die Kommission auch der Auffassung, dass verschiedene Fischarten als Arten eingestuft werden sollten, für die besondere Erhaltungsgebiete auszuweisen sind. Weitere Defizite sowohl bei der Ausweisung von Lebensraumtypen als auch von Arten bleiben bei mehreren Bundesländern bestehen.



Aus diesen Gründen hat die Kommission beschlossen, eine letzte schriftliche Mahnung an Deutschland zu übermitteln und es aufzufordern, dem Gerichtsurteil von 2001 in vollem Umfang nachzukommen. Die Kommission kann den Gerichtshof erneut anrufen und die Verhängung eines Zwangsgeldes verlangen, wenn die Antwort Deutschlands nicht zufrieden stellend ausfällt. IP/05/1640 vom 20.12.05

Laut hessischem Umweltministerium (PM vom 19.12.05) fordert die Kommission in ihrer „mit Gründen versehene Stellungnahme“ auch noch in anderen Fällen als in Niedersachsen und Schleswig-Holstein weitere Gebiete zu melden (insges. 37). Unabhängig hiervon werden in anderen Fällen Nachträge in den Meldeunterlagen gefordert. Meist geht es darum, eine bestimmte Art nachzutragen. Insgesamt haben

- 7 Länder weitere Gebiete zu melden
- 6 Länder Nachträge in den vorliegenden Meldeunterlagen vorzunehmen
- 3 Länder keine weiteren Beanstandungen.

Laut bisherigen Informationen des LNV gehört Baden-Württemberg zu den Ländern, die noch einige Nachträge in den Meldeunterlagen vornehmen müssen.

### **4.4 Klageverfahren der EU-Kommission: zur Rechtslage**

Gemäß Artikel 226 EG-Vertrag ist die Kommission befugt, rechtliche Schritte gegen einen Mitgliedstaat einzuleiten, der seinen Verpflichtungen nicht nachkommt.

Wenn nach Auffassung der Kommission möglicherweise ein Verstoß gegen das EU-Recht vorliegt, der die Einleitung eines Vertragsverletzungsverfahrens rechtfertigt, richtet sie an den betreffenden Mitgliedstaat ein „Aufforderungsschreiben“ (erste schriftliche Mahnung), in dem dieser ersucht wird, sich bis zu einem bestimmten Termin, in der Regel innerhalb von zwei Monaten, zu äußern.

<sup>2</sup> Rechtssache C-71/99

<sup>3</sup> Richtlinie 92/43/EEC

Je nachdem, wie sich der betreffende Mitgliedstaat in seiner Antwort äußert und ob er überhaupt antwortet, kann die Kommission beschließen, ihm eine „mit Gründen versehene Stellungnahme“ (letzte schriftliche Mahnung) zu übermitteln, in der sie klar und eindeutig darlegt, weshalb ihrer Ansicht nach ein Verstoß gegen das EU-Recht vorliegt, und den Mitgliedstaat auffordert, seinen Verpflichtungen innerhalb eines bestimmten Zeitraums (in der Regel zwei Monate) nachzukommen.

Der Sachstand der aktuellen Klageverfahren auf EU-Ebene gegen Mitgliedsstaaten ist unter <http://europa.eu.int/jurisp/cgi-bin/form.pl?lang=de&Submit=Submit&docreq> online abrufbar.

## ... des Bundes

### **4.5 BGH erlaubt Imagewerbung mit Umweltschutz ohne Sachbezug zu Waren**

Karlsruhe (ddp). Unternehmen dürfen auch dann mit einer Unterstützung des Umweltschutzes werben, wenn dies keinen Sachbezug zu den angebotenen Waren hat. Das entschied der Bundesgerichtshof (BGH) am Freitag in Karlsruhe. Der 1. Zivilsenat erlaubte damit diese Art der Imagewerbung und liberalisierte seine Rechtsprechung in diesem Punkt. An «strengerem Maßstäben» aus früheren Entscheidungen halte der Senat «nicht mehr fest», heißt in dem Urteil.

Im vorliegenden Fall entschied der BGH, dass die Optik-Kette Binder Optik AG damit werben durfte, sie unterstütze die Aktionsgemeinschaft Artenschutz, die sich für den Schutz bedrohter Tierarten einsetzt. Die Werbung war in einer Zeitungsanzeige für Brillengläser mit UV-Schutz platziert.

(AZ: I ZR 55/02 - Urteil vom 22. September 2005)

### **4.6 Elektroschrottverordnung in Kraft – auf neues Symbol achten!**

(UBA) Am 24. März 2006 ist es soweit: Alte Elektrogeräte dürfen nicht mehr in den Hausmüll. Verbraucherinnen und Verbraucher können ausgediente Fernseher, DVD-Player, Mikrowellen oder Haartrockner stattdessen kostenlos bei den Sammelstellen der Städte und Gemeinden abgeben. Neue Elektrogeräte, die für private Haushalte bestimmt sind, tragen ab sofort ein klares Zeichen: Die "durchgestrichene Mülltonne". Ältere Elektrogeräte ohne dieses Symbol dürfen ebenfalls nicht mehr in den Hausmüll. Wer dennoch sein altes Gerät über die Tonne entsorgt, muss mit Bußgeldern rechnen. Die Altgeräte gehen künftig über eigene Sammelsysteme an die Hersteller zurück, die den kostbaren Elektroschrott umweltgerecht verwerten und entsorgen. Dadurch können die Hersteller Kunststoffe und wertvolle Rohstoffe wie Gold oder Platin für neue Geräte zurück gewinnen. Dies schont Umwelt und Rohstoffe. Und es könnte nach Einschätzung des UBA bei steigenden Rohstoff- und Energiepreisen neue Produkte für die Verbraucher auf Dauer günstiger machen. Denn für die Hersteller wird vieles erneut verwendbar.



Näheres siehe: <http://www.uba.de/uba-info-daten/daten/elektrog/index.htm>

## ... des Landes

#### **4.7 Landtag beschließt Landesumweltinformationsgesetz**

Der Landtag hat am 21. Februar ein Landesumweltinformationsgesetz (LUIG) verabschiedet. Laut UM werden dadurch die Informationsrechte der Bürgerinnen und Bürger gestärkt. Das neue Gesetz verpflichtet alle Landes- und kommunale Verwaltungen dazu, Bürgerinnen und Bürgern zu Umweltfragen umfassend Auskunft zu geben. Einbezogen seien außerdem private Einrichtungen und Unternehmen, soweit sie der Kontrolle der öffentlichen Hand unterlägen wie beispielsweise Stadtwerke oder Unternehmen des öffentlichen Nahverkehrs. Die Auskunftspflichten seien weit ausgelegt und könnten Fragen zu Lärm, zur Luftqualität, zu chemischen Stoffen, zu Abfällen aller Art oder zu Gewässern und Landschaften bis hin zur Gentechnik betreffen. Gleichzeitig sind mit dem neuen Gesetz die Fristen für die Beantwortung von Bürgeranfragen zu Umweltinformationen halbiert. Sie dürfen künftig in der Regel einen Monat nicht überschreiten. Die informationspflichtigen Stellen seien darüber hinaus stärker als bisher zur aktiven Verbreitung von Umweltinformationen verpflichtet, indem beispielsweise öffentlich zugängliche Informationsnetze und Datenbanken eingerichtet werden.

Mit dem neuen 'Gesetz über den Zugang zu Umweltinformationen' wird die EU-Umweltinformationsrichtlinie aus dem Jahr 2003 in Landesrecht umgesetzt. Gleichzeitig erfolgt eine Anpassung des Landesrechts an die Vorgaben der im Dezember 1998 von Deutschland gezeichneten Aarhus-Konvention betreffend dem Zugang zu Umweltinformationen.

## 5 LNV – Intern

### 5.1 LNV-Termine

Die diesjährige **Mitgliederversammlung** findet am 8. April 2006 in Stuttgart im Museum am Löwentor statt und beginnt um 9.30 Uhr. Turnusgemäß finden in diesem Jahr wieder Vorstandswahlen statt.

Aus Anlass der aktuellen Diskussionen zum sogenannten Energiemix wurde die MGV ergänzt um den Vortrag.

**Hin zu einer zukunftsfähigen und innovativen Energieversorgung  
in Baden-Württemberg  
von Dr. Joachim Nitsch.**

Herr Dr. Nitsch gehört zu den ausgewiesenen Experten für die Gestaltung einer innovativen und nachhaltigen Energieversorgung und berät unter anderem das Bundesumweltministerium. Er ist Energiereferent des LNV.

Alle Interessierte sind herzlich eingeladen!

Der LNV wird am diesjährigen **Baden-Württemberg-Tag am 13. Mai 2006** in Wertheim mit einem Stand vertreten sein.

Zum Vormerken: Das **LNV-Zukunftsforum** findet am **14.10.2006** im Haus der Architekten in Stuttgart statt. Thema wird sein, den **Wald und seine Funktionen** zu hinterfragen.

### 5.2 Informationen der Geschäftsstelle

Der LNV trauert um **Herrn Julius Glietsch**, der Ende Dezember überraschend gestorben ist. Herr Glietsch war 20 Jahre lang - von 1981 bis 2000 - Sprecher des LNV-Arbeitskreises Göppingen. Der LNV verliert mit Herrn Glietsch einen engagierten und kritischen Naturschützer, der auch den LNV-Vorstand immer wieder mit konstruktiver Kritik und Rückmeldungen aus dem LNV-Arbeitskreis zu guter Naturschutzpolitik angespornt hat.



Wir trauern weiterhin um **Herr Herrmann Boeßner** aus Aalen. Er war 19 Jahre lang, von 1982 bis 2001 Sprecher unsers LNV-Arbeitskreises im Ostalbkreis, Bereich Aalen. Während dieser zwei Jahrzehnte hat er sich mit viel Zeit, Kraft und Wissen ehrenamtlich dem Natur- und Umweltschutz gewidmet und sich große Verdienste erworben. Wir durften ihn als Menschen kennen lernen, der mit Bedacht und Ruhe, vereint mit großer Beharrlichkeit und Zielstrebigkeit an die von ihm als wichtig erkannten Aufgaben heranging.

Ebenfalls im Februar verstorben ist **Herrn Otto Krumm** aus Offenburg (Ortenaukreis). Herr Krumm war über 10 Jahre lang, von 1993 bis 2004 Sprecher des Bereichs Offenburg unseres LNV-Arbeitskreises. Während dieser Zeit hat er sich mit viel Engagement, Kraft und Wissen ehrenamtlich dem Natur- und Umweltschutz ge-

widmet und sich große Verdienste erworben. Die Zusammenarbeit mit ihm war von großem gegenseitigen Vertrauen getragen.

Der LNV wird das Andenken an die Verstorbenen als geradlinige Naturschützer bewahren.

Der LNV freut sich, in der Nachfolge von Herrn Martin Klingel, der sein Amt niedergelegt hat, einen **neuen Verkehrsreferenten** gefunden zu haben: **Herr Joseph Michel aus S-Zuffenhausen** ist langjähriger Vorsitzender der „Schutzgemeinschaft Krailenhalde“, die erfolgreich ein Verkehrsprojekt verhindert hat. Seit 10 Jahren leitet er die „ArGe Nordost-Ring Stuttgart“. Er bietet allen Arbeitskreisen Referate und seine Beratung an.

Herrn Martin Klingel danken wir für seine geleistete Unterstützung.

### **5.3 Infos aus LNV-Arbeitskreisen und Projektgruppen**

Neuer Sprecher im **LNV-AK Alb-Donau-Kreis** ist Herr Günther Krämer, der Herrn Werner Mangold nachfolgt. Der LNV dankt Herrn Mangold sehr herzlich für die langjährige hervorragende Arbeit als Sprecher des Arbeitskreises im Alb-Donau-Kreis.

Auch der **LNV-AK Nördliches Markgräflerland** hat seit 1.1.2006 einen neuen Sprecher, Herrn Dr. Christoph Hoffmann. Unser herzlicher Dank gilt an dieser Stelle dem bisherigen Sprecher Norbert von Staden für sein langjähriges Engagement.

Die Arbeit im **LNV-AK Hochschwarzwald** ruht derzeit, da Herr Bochmann-Riess seine Arbeit für den LNV beendet hat. Dabei soll es aber nicht bleiben! Der LNV lädt deshalb alle interessierten und engagierten Naturschützer/innen im Hochschwarzwald zum Treffen am Donnerstag, den 4. Mai im Haus der Natur, Feldberg ein. Ziel und Wunsch ist es, dass sich bei diesem Treffen der Arbeitskreis neu bilden und ein neuer Sprecher/ eine neue Sprecherin gewählt werden kann.

### **5.4 Vertretung in Gremien und Arbeitsgruppen**

Herrn Wolf Hockenjos wird zukünftig für den LNV in der AG Sporttourismus mitarbeiten.

Fdir a.D. Wolf Hockenjos  
 Alemannenstraße 30  
 78166 Donaueschingen  
 T 0771/897 94 94  
 e-mail : [wohock@gmx.de](mailto:wohock@gmx.de)

Herr Prof. Reichelt, der dies bislang übernommen hatte, zieht sich altersbedingt zurück. Wir danken Herrn Prof. Reichelt recht herzlich für seine langjährige Mitarbeit!

### **5.5 Neue LNV-Veröffentlichungen**

LNV-Info 06/01: **Beteiligungsrechte der anerkannten Naturschutzverbände**

LNV-Position zur Energie-Wende:

**Keine Laufzeitverlängerung für Atomkraftwerke!**

Atomausstieg ist im vorgesehenen Zeitrahmen mit einer positiven CO<sub>2</sub>-Bilanz möglich!

Pressemitteilungen:

[LNV-Wahlprüfsteine stoßen auf große Resonanz](#)

Entscheidungshilfe für den Wähler in Sachen Ökologie  
vom 23.03.2006

[Oettingers Wunsch nach Laufzeitverlängerung führt aufs energiewirtschaftliche Abstellgleis!](#)

LNV und NABU präsentieren Gegenrechnung  
vom 15.03.2006

[Landesnenschutzverband erzielt erfreulich hohen und interessanten Rücklauf](#)

Landtagskandidaten aller Parteien bekennen Farbe bei den "Umweltprüfsteinen" zur Landtagswahl  
vom 20.02.2006

[LNV kritisiert Luftreinhalteplan Stuttgart](#)

So bleibt Stuttgart "Deutschlands Luft-Dreckspatz Nr. 1!"  
vom 06.02.2006

[LNV fordert freies Betretungsrecht im Wald](#)

Naturferne Industriegesellschaft braucht Kontakt zur Natur  
vom 31.01.2006

[Der LNV bekommt teilweise Unterstützung von der Landesregierung](#)

Atom-Endlager Benken in der Schweiz erhält zunehmend Gegenwind  
vom 26.01.2006

[Der LNV kommentiert das neue Naturschutzgesetz](#)

"Eine Gesetzesnovelle mit Hintertürchen!"  
vom 03.01.2006

## 6 Wettbewerbe, Aktionen, Termine, Veranstaltungen

### **6.1 Test von BUND und NABU: Wie naturverträglich sind die großen Parteien?**

Der Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland BUND und der Naturschutzbund NABU haben den vier großen Parteien im Land sowie ihren Spitzenkandidaten in sechs Themenfeldern auf den Zahn gefühlt: Energie und Klimaschutz, Verkehr, Flächenverbrauch, Naturschutz, Gentechnik sowie Gestaltung der Demokratie. Das Fazit der beiden Landesgeschäftsführer Michael Spielmann (BUND) und Uwe Prielzel (NABU): "Es gibt ganz erhebliche Unterschiede zwischen den Parteien. Bei der Wahl am 26. März stimmen die Menschen nicht nur über die Machtverhältnisse im Landtag ab, sondern ganz konkret über den Atomausstieg, die Gentechnik und den Naturschutz im Land. Es lohnt sich, ganz genau hinzuschauen."

Weitere Infos: [www.umweltpolitik-zur-wahl.de](http://www.umweltpolitik-zur-wahl.de) oder [www.nabu-bw.de/wahl](http://www.nabu-bw.de/wahl)

### **6.2 Förderpreis Naturschutzhöfe: Jetzt noch bis 31.3. bewerben!**

Landwirte können sich jetzt um den mit insgesamt 21.000 Euro dotierten Förderpreis Naturschutzhöfe bewerben. Der NABU unterstützt als Partner dieses Projekt der Stiftung Ökologie & Landbau. „Viele Landwirte sind im Naturschutz aktiv und leisten durch ihre Arbeit einen wichtigen Beitrag zum Erhalt der Lebensvielfalt“, berichtet Dr. Rainer Oppermann, der das Projekt auf Seiten des NABU leitet, den Bewertungsbogen mitentwickelt hat sowie Mitglied der Jury sein wird. „In vielen Fällen könnte hier allerdings weit mehr passieren. Was fehlt, ist oftmals nicht der Wille, sondern das konkrete Know-how, um den Naturschutz in den betrieblichen Ablauf zu integrieren



Alles weitere unter <http://www.soel.de/projekte/naturschutzhoefe.html>

### **6.3 Postkartenaktion des BUND Nördlicher Kaiserstuhl zum Jahrestag Tschernobyl**

Der Satz "Politiker haben ein kürzeres Gedächtnis als Pilze" klingt provozierend. Aber 20 Jahre nach der Reaktorkatastrophe von Tschernobyl "erinnern" Pilze mit bis zu 2000 Becquerel pro Kilo immer noch an die fatalen Unfallfolgen, während manche Politiker den Atomunfall vergessen zu haben scheinen. Die kleine BUND-Bezirksgruppe am Nördlichen Kaiserstuhl hat bei der letzten Sitzung beschlossen, ein Plakat des BUND-Regionalverbandes in eine Postkarte umzuwandeln und persönlich an alle Bundestagsabgeordneten zu versenden. 615 individuelle Postkarten wurden gedruckt, von 9 BUND-Aktiven am Kaiserstuhl unterschrieben verschickt. Diese Aktion fand bisher nur am Kaiserstuhl statt.

Hier finden Sie die Tschernobyl-Postkarte auch als download:

<http://vorort.bund.net/suedlicher-oberrhein/aufkleberverkauf/index.htm>



#### 6.4 Der Kulturlandschaftspreis

Seit 1991 verleiht der Schwäbische Heimatbund den **Kulturlandschaftspreis**. Seit 1995 wird er in Zusammenarbeit mit dem Sparkassenverband Baden-Württemberg vergeben. Die Sparkassen-Stiftung Umweltschutz unterstützt den Kulturlandschaftspreis finanziell und stellt in dieser Partnerschaft ein **Preisgeld von 12.500,- Euro** zur Verfügung. Mit diesem Preisgeld, das aufgeteilt werden kann, soll privates Engagement gefördert und unterstützt sowie herausragende Verdienste um die Erhaltung, Pflege und Wiederherstellung von Kulturlandschaften gewürdigt werden.

Näheres unter:

[http://schwaebischer-heimatbund.de/natur\\_schuetzen/index.php?cid=109](http://schwaebischer-heimatbund.de/natur_schuetzen/index.php?cid=109)

#### 6.5 Bantammais-Aktion gegen Anbau von Genmais

Vor wenigen Wochen wurden drei Gentech-Maissorten für den kommerziellen Anbau zugelassen. Die Anbausaison 2006 könnte damit heiß werden, wenn Landwirte bei den umstrittenen MON 810-Sorten frei zugreifen. Wem das nicht schmeckt, hat nun auch die Möglichkeit sich an einer ungewöhnlichen Protestaktion zu beteiligen und mit freiem Bantam-Maissaatgut ein Signal gegen die Gentech-Sorten setzen.



"Feldbefreiungsaktionen" bei denen Aktivisten einer hochgerüsteten Polizeigarde, die Gen-Mais mit Zähnen und Klauen verteidigt, gegenüber stehen, sind nicht jedermanns Sache. Ein sichtbares Zeichen gegen GV-Mais kann jetzt in legalem Rahmen jeder setzen, der einen Schrebergarten besitzt oder sonst irgendwo die Möglichkeit hat einen halben Quadratmeter Boden mit Mais zu bebauen.

Die Aktion wurde von der Interessensgemeinschaft für gentechnikfreie Saatgutarbeit und der Zukunftsstiftung Landwirtschaft (4) ins Leben gerufen. Dabei werden Päckchen an Saatgut kostenlos an Interessierte verteilt. Das Saatgut erhält man natürlich mit genauer Anbau- und Aktionsanleitung.

Jeder, der sich an der Aktion beteiligt, kann seine Rechte voll ausschöpfen. "Privatpersonen und Betrieben, die Mais anbauen, haben Auskunftsrechte über Anbau Standorte von Gentechnik-Mais in ihrer Nachbarschaft. Ist ihr Mais gentechnisch verunreinigt, steht ihnen Schadenersatz zu. Der Golden Bantam kann - im Gegensatz zu patentiertem und Hybrid-Saatgut - weiter vermehrt werden. Je mehr Menschen aktiv ihr Recht wahrnehmen, gentechnikfreien Mais anzubauen und das Saatgut zu vermehren, desto besser können sie sich gemeinsam schützen.

Näheres unter: <http://www.bantam-mais.de>; <http://www.saveourseeds.org>;  
<http://keine-gentechnik.de>; <http://www.zs-l.de>

#### 6.6 Deutsche Wildtier Stiftung startet Kampagne gegen den Tod von Wildtieren im Mähwerk

Jedes Jahr werden mehr als 500.000 Wildtiere bei der immer früheren und intensiveren Mahd (Mähen) von Grünlandflächen schwer verletzt oder getötet. Darunter viele in ihrem Bestand bedrohte Wiesenbrüter wie zum Beispiel der Kiebitz, aber auch zahlreiche Junghasen und Rehkitze fallen den Klingen der Mähgeräte zum Opfer. Im Rahmen ihrer Kampagne "Stoppt den Mähtod" sensibilisiert die Deutsche Wildtier

Stiftung Agrar- und Umweltpolitiker für das dringliche Thema und fordert sie auf, sich für eine wildtierfreundlichere Agrarpolitik einzusetzen. Die Agrarumweltprogramme der EU bieten Landwirten finanzielle Anreize für ein naturschonendes Bewirtschaften ihrer Flächen. Die drohenden Kürzungen dieser Programme machen eine natur- und wildtierverträgliche Landwirtschaft unmöglich und müssen daher unbedingt verhindert werden.

Mit Hilfe sogenannter Wildretter könnten zumindest den größeren Wildtieren den Mähtod ersparen. Die Geräte werden vom Landwirt vor oder während dem Mähen eingesetzt, um Tiere im Gras aufspüren zu können. Die neueste Wildretter-Generation kombiniert Infrarot- und Mikrowellensensoren, um Temperaturunterschiede und Wassergehalt der Umgebung zu messen. Wildtiere können so als "warmes Wasser" von Wiese, Steinen und Boden unterschieden und aus dem Gefahrenbereich gebracht werden. Noch befinden sich die neuen Wildretter in der Erprobungsphase. Die Stiftung setzt sich für deren Integration in die landwirtschaftliche Praxis ein. Mit Aufklärungsarbeit unter den Landwirten sollen diese auch über schonende Mähweisen ("von innen nach außen") informiert werden.

*Kontakt. Deutsche Wildtier Stiftung; Billbrookdeich 210 22113 Hamburg*

*Tel: 040 / 73 33 93 32 Fax: 040 / 7 33 02 78*

*E-Mail: [S.Holst@DeWiSt.de](mailto:S.Holst@DeWiSt.de), [www.DeutscheWildtierStiftung.de](http://www.DeutscheWildtierStiftung.de)*

### **6.7 Tag der Artenvielfalt um den Hohenrechberg am 10. Juni 2006**

Die Auftaktveranstaltung der Artenschutzwoche im Ostalbkreis vom 10.06. bis 18.06.2006 wird von den regionalen Gruppen Ostwürttembergs des Landesnaturschutzverbandes, des NABU und des BUND veranstaltet und vom Naturkundeverein Schwäbisch Gmünd organisiert.

Ansprechpartner: Prof. Dr. Dieter Rodi, Hochbergweg 8, 73525 Schwäbisch Gmünd

Tel/Fax 07171 66181, E-Mail: [dieter.rod@online.de](mailto:dieter.rod@online.de)

Am **Vormittag** geht es darum, in Kleingruppen für Fortgeschrittene auf verschiedenen Routen unter fachkundiger Anleitung möglichst viele Arten zu erfassen und aufzulisten.

6.00-9.00: Vogelkundliche Exkursion und Führung

9.15-12.00: Exkursionen in Gruppen zum Gipfel des Hohenrechbergs zu Pflanzen und Kleintiere

Die **Nachmittagsveranstaltungen** bringen für alle an der Naturkunde Interessierten, insbesondere Familien mit Kindern, in allgemeinverständlicher Form einen Einblick in die Vielfalt der Lebensräume und Arten des Hohenrechbergs.

13.30-17.00: Wanderungen auf den Berggipfel zum Kennenlernen verschiedener Lebensräume

**Treffpunkt** jeweils vor der Gaststätte Jägerhof in Rechberg-Vorderweiler

*Näheres siehe auch unter [www.geo.de/Artenvielfalt](http://www.geo.de/Artenvielfalt)*



### **6.8 Workshop „Lebendige Flüsse und Wasserkraft“**

Der Konflikt zwischen Naturschutz und Fischerei auf der einen und den Betreibern kleiner Wasserkraftanlagen auf der anderen Seite wird seit Jahren mit aller Schärfe geführt, die Parteien stehen sich scheinbar unversöhnlich gegenüber. Die Deutsche Umwelthilfe will darüber diskutieren, ob und wie die Ansprüche des Naturschutzes und die wirtschaftlichen Interessen der Betreiber kleiner Wasserkraftanlagen miteinander verbunden werden können.

Betreiber von kleinen Wasserkraftwerken sowie Vertreter aus Naturschutz, Fischerei, Wissenschaft und Verwaltung erhalten im Rahmen des Workshops die Möglichkeit, das Thema gemeinsam zu diskutieren. Die Probleme aus Naturschutzsicht werden ebenso thematisiert wie Erfahrungen mit der Umsetzung des EEG sowie das Problem der Finanzierung ökologischer Maßnahmen an Wasserkraftanlagen. Im Mittelpunkt steht die Vorstellung und Diskussion einiger ökologisch engagierter Kleinwasserkraftprojekte.

Termin: Di 25.4.06 10:30 – 17:00 Uhr

Ort: Büro am Fluss, Plochingen

Anmeldung: DUH 030/25898621 bzw. [berlin@duh.de](mailto:berlin@duh.de)

### **6.9 Dritter Baden-Württembergischer Waldgipfel: „Wald boomt“**

18. bis 20. Mai 2006; Todtnauberg; Kurhaus

Die Bundeswaldinventur bescheinigt Baden-Württemberg hohe Holzvorräte und naturnahe Wälder. In Süddeutschland laufen Projekte zur Ansiedlung großer und moderner holzwirtschaftlicher Betriebe. Energieholz wird den Waldbesitzern angesichts steigender Ölpreise geradezu aus den Händen gerissen. Immer mehr Menschen nutzen den Wald als Freizeitpark, für Trendsportarten wie Nordic Walking oder Mountainbiking. Mehr als 10 % der Waldfläche in Baden-Württemberg wurden gerade als europäisches Naturerbe an die EU gemeldet und stehen unter dem Schutz der FFH-Richtlinie. Diese Aufzählung ist lange nicht vollständig und eigentlich Grund zur Aufbruchstimmung im Forst, zeigt sie doch, dass alle Funktionen des Waldes immer noch an gesellschaftlicher Bedeutung gewinnen. Von einer Aufbruchstimmung im Forst scheint aber wenig zu spüren. Zu beobachten ist aufgrund wirtschaftlicher Zwänge im Gegenteil eher ein Rückzug der Forstpartie, weg von der gemeinwohlorientierten Ausrichtung hin zu einer ausschließlich am Betriebsergebnis orientierten Holznutzung mit strikten Sparvorgaben.



Dieses Spannungsfeld ist Thema des 3. Baden-Württembergischen Waldgipfels, der von der SDW und Baden-Württembergischem Forstverein e. V. unter Beteiligung des Schweizerischen Forstvereins als internationale Fachtagung angelegt ist. Wie kann es auch in Zukunft gelingen, die Waldfunktionen ausgewogen unter eine Hut zu bringen? Welche gelungenen Praxisbeispiele gibt es? Wie sieht das künftige Aufgabenspektrum des Försters aus?

**Anmeldung** SDW-BW e.V. • Königstraße 74 • 70587 Stuttgart • Fon: +49 (711) 616032 • Fax: +49 (711) 616044 • E-Mail: [info@sdw-bw.de](mailto:info@sdw-bw.de)

### **6.10 DNR-Aktion zum ehrenamtlichen Engagement**

Der DNR nimmt das ehrenamtliche Engagement der Naturschutzverbände unter die Lupe. Noch bis zum 30. Juli können Sie mittels eines Fragebogens Ihr Wirken dokumentieren. Näheres siehe im DNR-Rundbrief 11/05 auf Seite 7: <http://www.dnr.de/publikationen/drb/archiv/drb0511.pdf?PHPSESSID=b6d83190ece22fccd49fb081672e2f85>

## **7 Sonstiges**

### **7.1 Per Mausclick : Energie-Schlupflöcher aufspüren**

2006 kommt der Energiepass für Gebäude. Grund genug, sich mit dem Thema Energiebedarf auseinander zu setzen. Wissen Sie, ob Ihr Haus überdurchschnittlich viel verbraucht?

Die Antwort gibt es jetzt kostenlos im Internet unter [www.LBS.de/energie-check](http://www.LBS.de/energie-check).  
Quelle: <http://www.sonnenseite.com>

### **7.2 Bundesweites Verzeichnis von Pflanzenöl- Tankstellen**

Die Gesellschaft für Nachwachsende Rohstoffe e.V. hat unter <http://www.biotanke.de> ein Verzeichnis eingerichtet, in dem nach Pflanzenöltankstellen und weiteren Bezugsquellen für Pflanzenöl gesucht werden kann. Selbstverständlich können auch neue oder nicht erfasste deutsche Pflanzenöltankstellen auf der Homepage gemeldet werden.



### **7.3 Energie sparen, Klima schützen**

Gemeinsam mit der Verbraucher Initiative hat die Klimaschutzkampagne "Klima sucht Schutz" eine neue Broschüre veröffentlicht, die Verbrauchern Informationen zum Energie sparen bietet. Eine Serviceseite enthält weiterführende Adressen und eine Übersicht der Beratungsangebote

<http://anbieterwechsel.strom-magazin.de/>

## 8 Veröffentlichungen/Literatur/Internet

### **Brisante UBA-Studie: Analyse zur Verkehrsentscheidung**

<http://www.umweltdaten.de/publikationen/fpdf-l/2967.pdf>

Mobilität ist dann nachhaltig, wenn mit weniger Verkehr Mobilität von Menschen und Gütern ermöglicht wird. Wegen des in den letzten 40 Jahren deutlich schneller als die Wirtschaftsleistung gewachsenen Verkehrs und trotz gebremster Wachstumsdynamik seit 2000 ist eine Wende im Verkehrsaufkommen nicht in Sicht. Dieses überproportionale Verkehrswachstum hat erhebliche Auswirkungen auf den Ressourcenverbrauch und die Umweltqualität, sowie auf die volkswirtschaftlichen Gesamtkosten. Sinnvolle Strategien zur Verkehrsverringerung würden demgegenüber die Umwelt entlasten. Eine Analyse der Verkehrsentscheidung kann hierfür Handlungsoptionen sichtbar machen.

### **CD-ROM „Die Abfallwirtschaft in Baden-Württemberg“**

*Die CD-ROM kann zum Preis von 20 Euro zzgl. Versandkosten beim Statistischen Landesamt Baden-Württemberg, Vertrieb, 70158 Stuttgart oder unter Tel.: 0711/641-2866, Fax 0711/641-134062 oder per E-Mail: [vertrieb@stala.bwl.de](mailto:vertrieb@stala.bwl.de) bestellt werden.*

Die aktualisierte CD-ROM liefert eine umfassende Betrachtung über die bundesweit einheitlichen Abfallstatistiken seit 1996, sowie Daten der seit 1990 jährlich durchgeführten Abfallbilanz der Stadt- und Landkreise. Ausgewählte Zeitreihen reichen zurück bis in die 80er Jahre.

Die Berechnung des Gesamtabfallaufkommens wurde fortgeführt. Im Einzelnen werden Aussagen zu Anlagen der Entsorgungswirtschaft mit behandelten und entsorgten Mengen sowie zur Einsammlung und Verwertung von Abfällen getroffen. Weiter werden Daten zum Aufkommen und der Entsorgung von Sonderabfällen dargestellt.

### **Was tut meine Stadt gegen Feinstaub? UBALLL gibt Antwort!**

*Die Zusammenstellung dieser Pläne - kurz "UBALLL - Umwelt Bundes Amt Liste Luftreinhalteplan Links - bietet das UBA unter der Internetadresse [www.uba.de/Luftreinhalteplaene](http://www.uba.de/Luftreinhalteplaene) an.*

Das Umweltbundesamt (UBA) hat die Internet-Adressen der Luftreinhalte-, Aktions- und Maßnahmeplänen der Bundesländer, Städte und Gemeinden zusammengestellt. Damit können sich nun schnell und aktuell alle Bürgerinnen und Bürger darüber informieren, was an ihrem Wohnort getan wird, wenn Luftqualitätsgrenzwerte überschritten werden. Die so genannten Luftreinhaltepläne sollen die Einhaltung der Luftqualitätsstandards garantieren. Dort, wo Luftschadstoffgrenzwerte überschritten sind - beispielsweise für Feinstaub - sind die zuständigen Behörden, in den meisten Fällen die Städte oder Kommunen, verpflichtet, Pläne zur Luftreinhaltung aufzustellen.



### **Datenbank Alternativen zum chemischen Pflanzenschutz**

*<http://ALPS.BBA.de> Biologischen Bundesanstalt für Land- u. Forstwirtschaft (BBA)*

Wer sich über Alternativen zum chemischen Pflanzenschutz im integrierten Landbau informieren will, dem steht ab sofort ein neuer Service im Internet zur Verfügung. Unter obigem Link findet sich eine Online-Datenbank, mit deren Hilfe Landwirte, Gärtner, Berater, aber auch andere Interessierte künftig nach alternativen Maßnahmen suchen können. Mit der Datenbank ALPS-BBA kann gezielt nach Kultur-/Schaderregerkombinationen und nach einzelnen Maßnahmen gesucht werden. Dazu müssen die Kultur oder der Schaderreger bekannt sein. Weiterhin ist die Suche nach Begriffen und Schlagworten (Lexikonfunktion) möglich.

### **UBA: Klimaschutz jetzt Beine machen**

*<http://www.umweltbundesamt.de/uba-info-medien/index.htm>*

Das Umweltbundesamt (UBA) erwartet von der neuen Bundesregierung, den Klimaschutz mutig voranzutreiben. Je länger sich wirksame Gegenmaßnahmen weltweit hinauszögern, desto höher werden die Risiken und Schäden des Klimawandels - zum Beispiel durch extreme Wetterereignisse. „Unter einer großen Koalition bieten sich gute Möglichkeiten, Deutschland wirtschaftlich zu modernisieren und die Abhängigkeit von der Einfuhr teurer fossiler Rohstoffe zu verringern“, so Prof. Andreas Troge, Präsident des UBA. Die UBA-Klimaschutz-Konzeption "Die Zukunft in unseren Händen - 21 Thesen für eine Klimaschutzpolitik des 21. Jahrhunderts" belegt, dass eine gefährliche Störung des komplexen Klimasystems ist noch zu verhindern ist. Das UBA beschreibt auf 173 Seiten unter anderem, mit welchen Maßnahmen und Instrumenten das zum Beispiel in den Bereichen Verkehr und Energieerzeugung zu schaffen ist.



### **Umweltökonomische Gesamtrechnungen in Baden-Württemberg**

*Zu bestellen für 10 € beim StaLa unter <http://www.statistik.baden-wuerttemberg.de/Veroeffentl/home.asp?A=2781>*

In dem neu aufgelegten Heft wird die aktuelle Entwicklung der Umweltinanspruchnahme durch Produktion und Konsum dargestellt. Ein Analyseschwerpunkt ist die Ursachenstruktur für die festgestellte Stagnation bei Energieeffizienz und CO<sub>2</sub>-Emissionen im Land. Ein gesondertes Modul "Verkehr und Umwelt" befasst sich mit der Umweltwirkung des Verkehrs.

Die CD-ROM beinhaltet detaillierte Basisdaten und ausgewählte Ergebnisse zu den Umweltökonomischen Gesamtrechnungen (UGR) für Baden-Württemberg. Es werden Zusammenhänge zwischen Naturverbrauch und wirtschaftlicher Leistung getrennt nach Branchen und privaten Haushalten sowie Kenngrößen zur Überprüfung umweltpolitischer Ziele dargestellt.

### **WRRL: Fischbasiertes Bewertungsverfahren für Fließgewässer - FIBS**

*Zu finden unter <http://www.lvvg-bw.de> , dort weiter unter 'Fischereiforschungsstelle' und dann 'WRRL'*

Die Fischereiforschungsstelle Baden-Württemberg (FFS) ist vom Ministerium beauftragt worden, ein Bewertungsverfahren für Fließgewässer zu erarbeiten, mit dessen Hilfe man die Durchgängigkeit für Fische bewerten kann. Dieses Bewertungsverfahren ist im Rahmen der Umsetzung der Wasserrahmen-Richtlinie notwendig, die ja für 2015 das Erreichen des Ziels eines „guten ökologischen Zustands“ verlangt. Ein Indikator für diesen Zustand ist der Vergleich der vorhandenen Fischzoozönose im Vergleich mit einem entsprechenden Referenzgewässer.



Bislang war nur eine Testversion von FIBS und diese auch nur für Personen, die sich bei der FFS angemeldet haben, erhältlich. Die FFS teilte am 19.01.06 mit, dass nun sowohl eine überarbeitete Version des Verfahrens FIBS sowie ein begleitendes Handbuch zur Anwendung des Verfahrens im freien Download verfügbar sind. Rückfragen bitte richten an: [ffs@lvvg.bwl.de](mailto:ffs@lvvg.bwl.de), Bildungs- und Wissenszentrum Aulendorf, Fischereiforschungsstelle des Landes Baden-Württemberg (Fishery Research Station), Untere Seestrasse 81, 88085 Langenargen, Tel.: 0049-(0)7543-930813, Fax: 0049-(0)7543-930820

### **UBA-Studie zur Ökosteuerbilanz**

*<http://www.umweltbundesamt.de/uba-info-medien/oekosteuer.htm>*

Die 1999 eingeführte Ökosteuer wirkt positiv auf den Klimaschutz und die Beschäftigung in Deutschland. Das zeigen drei aktuelle Studien des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW) und des Instituts für Internationale und Europäische Umweltpolitik ECOLOGIC, die für das Umweltbundesamt (UBA) die Effekte der Ökosteuer auf Umwelt und Beschäftigung untersucht haben. Durch die Ökosteuer sparten die Deutschen allein im Jahr 2003 20 Millionen Tonnen klimaschädliches Kohlendioxid (CO<sub>2</sub>). Zum Vergleich: Im Jahr 2003 stießen zum Beispiel die privaten Haushalte rund 120 Millionen Tonnen CO<sub>2</sub> aus. Zudem entstanden rund 250.000 Arbeitsplätze - vor allem bei personalintensiven Unternehmen und Anbietern von Energiespartechnik.

### **Satelliten beobachten drastische Zunahme der Luftverschmutzung über China**

*<http://www.sonnenseite.com/fp/archiv/Akt-News/6834.php>*

Zwischen 1996 und 2002 hat sich der Luftgehalt von Stickstoffdioxid über den industrialisierten Gebieten von China verdoppelt. Gleichzeitig verbesserte sich die Luftqualität über Europa und Teilen der USA. Dies ergaben Messungen des vom Deutschen Zentrum für Luft- und Raumfahrt (DLR) betriebenen Atmosphärensensors Sciama-chy sowie des Satelliteninstruments GOME. Die Daten wurden von Wissenschaftlern der Universität Bremen, des Max-Planck-Instituts in Hamburg und des französischen CNRS (Centre National de la Recherche Scientifique) ausgewertet und interpretiert.

### **Umweltbundesamt informiert mit Broschüre rund um Hochwasser**

*Die Broschüre "Was Sie über vorsorgenden Hochwasserschutz wissen sollten" finden Sie im Internet unter <http://www.umweltdaten.de/publikationen/fpdf-l/3019.pdf> als Download. Sie ist auch in Kürze kostenlos erhältlich beim Umweltbundesamt, Zentraler Antwort-*

*dienst, Postfach 1406, 06813 Dessau (Postkarte) oder e-mail an [info@umweltbundesamt.de](mailto:info@umweltbundesamt.de).*

Alle Jahre wieder: Der Frühling beginnt, der Schnee schmilzt und die Hochwassergefahr wächst. Hochwasser sind natürliche Ereignisse, sorgen aber immer wieder für Millionen-Schäden und kosten mitunter Menschenleben. Hauptgrund dafür ist, dass der beste Schutz gegen Hochwasserschäden häufig vernachlässigt wird: die rechtzeitige Vorsorge. Das Umweltbundesamt (UBA) informiert in der 47-seitigen, kostenlosen Broschüre "Was Sie über vorsorgenden Hochwasserschutz wissen sollten" sowohl darüber, wie Hochwasser entstehen, als auch wie und von wem sich ihre negativen Folgen für Mensch und Umwelt verringern oder verhindern lassen.

### **Umwelt und Gesundheit in Deutschland – Beispiele aus dem täglichen Leben. Ausgabe 2005**

*Kostenloser Bezug der Broschüre: „Umwelt und Gesundheit in Deutschland – Beispiele aus dem täglichen Leben. Ausgabe 2005“ beim Umweltbundesamt, c/o GVP Gemeinnützige Werkstätten, Postfach 33 03 61, 53183 Bonn oder über [uba@broschuerenversand.de](mailto:uba@broschuerenversand.de)*

Druckfrisch liegt sie vor: Die kostenlose Neuauflage der 2004 erstmalig erschienenen Broschüre „Umwelt und Gesundheit in Deutschland – Beispiele aus dem täglichen Leben“. Auf 120 Seiten gibt es den aktuellen Wissensstand zu Themen wie Feinstaub, Lärm, Mobiltelefone und gesunde Lebensmittel. Die Broschüre beschreibt nicht nur allgemeinverständlich die Problemthemen an der Schnittstelle von Umwelt- und Gesundheitsschutz, sondern sie gibt auch konkrete Hinweise, was gegen umweltbedingte Gesundheitsrisiken getan werden muss und kann. Denn trotz spürbarer Verbesserungen durch konsequenten Umwelt- und Gesundheitsschutz bleibt noch einiges zu tun – etwa bei der Chemikalienbewertung oder beim Lärm. Herausgeber der Broschüre sind das Bundesamt für Strahlenschutz (BfS), das Bundesamt für Verbraucherschutz und Lebensmittelsicherheit (BVL), das Bundesinstitut für Risikobewertung (BfR), das Robert-Koch-Institut (RKI) und das Umweltbundesamt (UBA).

### **Ihre Rechte in der EU-Umweltgesetzgebung - Ein Wegweiser**

*Neues DNR-Sonderheft: [www.dnr.de/publikationen](http://www.dnr.de/publikationen)*

Das Heft fasst alle wesentlichen Beteiligungsmöglichkeiten bei Umwelt-Gesetzgebungsprozessen auf europäischer Ebene zusammen.

Aus dem Inhalt

- EU-Umweltpolitik und -gesetzgebung
- Rechte der Bürger bei Verstößen
- Zugang zu behördlichen Umweltinformationen
- Bürger- und Verbändebeteiligung



### **Bioenergie - ein Konflikt zwischen Klimaschutz, Naturschutz und Entwicklungspolitik?**

*Download des vollständigen Positionspapiers auf der Homepage des Forums Umwelt & Entwicklung: [www.forumue.de](http://www.forumue.de)*

Der Einsatz von Bioenergie boomt. Ob als Maßnahme gegen den Klimawandel, oder als Heilmittel gegen unseren Energiehunger - Bioenergie eröffnet uns viele Optionen und lässt auch bei unseren durch Subventionsabbau gebeutelten Landwirten uner-



wartete Hoffnung aufkeimen. Ist der globale Einsatz von Bioenergie die Antwort auf Klimawandel und Energiekrise? Diese Frage will das Forum Umwelt & Entwicklung in seiner Standpunktbestimmung "Weltmarkt für Bioenergie zwischen Klimaschutz und Entwicklungspolitik" beantworten. Dieses Positionspapier ist Resultat einer monatelangen Konsultation zwischen Umwelt- und Entwicklungsorganisationen.

Zentrale Empfehlungen sind:

- Der Einsatz von Biomasse in Deutschland sollte auf den Strom- und Wärmemarkt konzentriert werden, wo sie die beste Energiebilanz und CO<sub>2</sub>-Reduktion aufweist und die besonders treibhausgasintensive Kohle substituieren kann.
- Der Anbau und Export von Bioenergieträgern dürfen keinesfalls die Nahrungsmittelversorgung eines Landes gefährden.
- Mit der energetischen Nutzung von Biomasse sollen vorrangig regionale Wertschöpfungsketten in den Produktionsländern (Industrie- ebenso wie Entwicklungsländer) aufgebaut werden.
- Für den internationalen Handel mit Bioenergie müssen Umwelt- und Sozialkriterien eingeführt werden, mit denen Rahmenbedingungen geschaffen werden können, die auch in den Anbauländern zu nachhaltiger Entwicklung führen.
- Bei allen menschlichen Nutzungsansprüchen darf der Schutz von Ökosystemen, insbesondere von Wäldern, nicht abgeschwächt werden.

### **Pflanzenkleid der Alpen verändert sich rasend - Deutsch-Schweizer Studie bestätigt Einflüsse der Klimaerwärmung**

<http://www.presstext.de/pte.mc?pte=051027046>

Wie schnell sich das Klima in den Alpen und damit auch die Flora verändern, haben Forscher der Universitäten Hannover und Zürich nun bestätigt. Untersucht wurde in den Schweizer Alpen zwischen 2.900 und 3.200 Metern. Die Forscher haben Daten aus unterschiedlichen Zeitepochen miteinander verglichen. Die Studie dokumentiert nun einen sich immer schneller vollziehenden Anstieg



der Artenanzahl auf den zehn untersuchten Berggipfeln. "Während des vergangenen Jahrhunderts hat sich die Artenvielfalt mehr als verdoppelt, auf einzelnen Gipfeln sogar verdreifacht", so Gian-Reto Walther vom Institut für Geobotanik an der Uni-Hannover. Selbst im Vergleich zu den

80er Jahren konnte nochmals eine Artenzunahme um 30 bis 50 Prozent festgestellt werden. Diese Entwicklung spiegelt den Einfluss der zunehmenden globalen Erwärmung wider.

### **Versickerung und Nutzung von Regenwasser – Vorteile, Risiken, Anforderungen.**

*Die Broschüre ist kostenlos erhältlich beim Umweltbundesamt, Zentraler Antwortdienst, Postfach 14 06, 06813 Dessau (Postkarte), E-Mail: [info@umweltbundesamt.de](mailto:info@umweltbundesamt.de). Die Veröffentlichung ist auch im Internet unter der Adresse <http://www.umweltbundesamt.org/fpdf-l/2973.pdf> als Download veröffentlicht.*

Ist es sinnvoll, Regenwasser im privaten Haushalt zu nutzen? Darüber wird seit langem in Deutschland diskutiert. Das Umweltbundesamt (UBA) hat nun in der kostenlosen, 40-seitigen Broschüre "Versickerung und Nutzung von Regenwasser" Vorteile,

Risiken und Anforderungen des Umgangs mit Regenwasser zusammengestellt. Fazit: Regenwasser im Haushalt zu nutzen, ist aus hygienischen Gründen und wegen der damit verbundenen hohen Kosten nicht empfehlenswert. Hingegen ist die gezielte Versickerung des Regenwassers gut für die Umwelt. Regenwasser dient dazu, unsere Grundwasserspeicher regelmäßig wiederaufzufüllen. Flächenversiegelung und Verschmutzung gefährden dies. Daher gehört der sorgfältige Umgang mit Regenwasser zu den wichtigsten Aufgaben des Gewässerschutzes. In vielen stark besiedelten Gebieten ist der natürliche Wasserkreislauf gefährdet. Ihn zu erhalten oder wieder herzustellen, erfordert, im Umgang mit Regenwasser neue Wege zu gehen.

### **Lernort Schulgarten - Ideen für die Praxis**

*AID-Buch "Lernort Schulgarten" R. Marquardt, Enno Gerken, Doortje Schulz u.a. 124 Seiten, ISBN 3-8308-0550-0, Preis: 17,50 EUR*

*Bestellung: AID Tel.: 02225 926146, Fax: 02225 926118, Bestellung@aid.de*

Wer sich ernsthaft für die reizvolle und naturnahe pädagogische Arbeit „Schulgärten“, interessiert, ist mit diesem Buch glücklich: Das Buch ist eine echte Fundgrube und einzigartig in seiner Konzeption, weil die 50 beschriebenen Projekte nach ihrem Schwierigkeitsgrad gegliedert sind: Sie finden Projekte, die einfach und schnell realisiert werden können, bis hin zu solchen, die sehr viel Arbeit zum Bau und sehr intensive und regelmäßige Pflege benötigen. Immer sind Hinweise enthalten, was Schülerinnen und Schüler bei dem jeweiligen Projekt beobachten und mit ihren Sinnen erfahren können.



Darüber hinaus bekommen die Lehrkräfte wertvolle Tipps für die Öffentlichkeitsarbeit, zur Finanzierung eines Schulgartens und der Vermarktung der Produkte.

### **Informationen zum Bodenschutz im Internet**

*[www.umweltbundesamt.de/fwbs/kbu](http://www.umweltbundesamt.de/fwbs/kbu)*

Die im Jahr 2004 einberufene Kommission Bodenschutz des Umweltbundesamtes (KBU) präsentiert sich ab sofort mit einer eigenen Website im Internet. Die KBU bietet dem Umweltbundesamt sachverständige Beratung bei konkreten fachlichen Fragen des Bodenschutzes. Neben den klassischen Disziplinen der Geo- und Agrarwissenschaften gehören der KBU auch Fachleute für Nachhaltige Entwicklung, Ökonomie, Ökotoxikologie und Altlastensanierung an. Obwohl die Arbeit der Kommission selbst nicht öffentlich ist, sind ab sofort allgemeine Informationen über Themenschwerpunkte der Arbeit sowie die Mitglieder der Kommission und Veranstaltungen zugänglich unter:

### **„Fußgänger- und fahrradfreundliche Stadt“**

*Die Studie ist in der Reihe TEXTE des Umweltbundesamtes Nr. 28/2005 erschienen und steht unter <http://www.umweltbundesamt.org/fpdf-l/2989.pdf> zum Download bereit. Zur Studie gehören „Bausteine auf dem Weg zur fußgänger- und fahrradfreundlichen Stadt“ sowie die Broschüre „Qualitätsmanagement im Fuß- und Radverkehr“.*

Lingen im Emsland, Plauen und die Lutherstadt Wittenberg zeigen, wie es geht: Die drei Modellstädte entwickelten im Projekt „Fußgänger- und fahrradfreundliche Stadt“

im Auftrag des Umweltbundesamts (UBA) einfache und kostengünstige Konzepte, mit denen sich umweltfreundliche Verkehrsträger erfolgreich etablieren lassen. Entscheidend für die erfolgreiche Förderung des Fahrrad- und Fußgängerverkehrs in den drei Städten waren sechs Punkte: der dauerhafte Informationsfluss zwischen den Beteiligten, eine direkte Mitwirkung der Bürgerinnen und Bürger sowie der gesellschaftlichen Gruppen in Beiräten, eine ämterübergreifende Zusammenarbeit der zuständigen Verwaltungen, ein begleitendes Qualitätsmanagement sowie eine ständige Presse- und Öffentlichkeitsarbeit. Die Studie bewertet zudem die Kosten der Förderung des Fuß- und Radverkehrs in den Modellstädten:

**Redaktionsschluss für das nächste LNV-Rundschreiben ist  
der 18.6.06**

Die LNV-Geschäftsstelle wünscht Ihnen ein sonniges Osterfest!



Rundschreiben Stand: 23.3.06

Herausgeber: Landesnaturschutzverband Baden-Württemberg e. V., Olgastrasse 19,  
70182 Stuttgart, Fon: 0711/24 89 55 20 / Fax: 0711/ 24 89 55 30,  
e-mail: [info@lnv-bw.de](mailto:info@lnv-bw.de), Internet: [www.lnv-bw.de](http://www.lnv-bw.de)